

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFTEN

work

Grosse Bau-Demo
Sa, 23. 6., Zürich

Fussball-WM: Wer beim Schaffen wie schauen darf. Seite 9

**Claudia Dutoit
braut es. Aber:**

Gleiche Löhne sind auch

Dein Bier



IV-Skandal

Wie die Versicherung Coiffeuse Zbinden darben lässt. Seite 7



Ärger auf den Baustellen

Bau-Chef Lutz über freche Baumeister und hässige Buezer. Seite 10

Freude in der Industrie

Industrie-Chef Pardini über den neuen GAV in der Industrie. Seite 11

Organisierter Renten-Klau

Wie Swiss Life & Co. unsere Altersvorsorge abzügel. Seite 3

Lohnungleichheit Alles zum Gleichstellungsbier • Neue Zahlen zu Lohnklagen • Der Lohnklau an den Frauen in Franken und Rappen. Seiten 4-5



workedito
Marie-Josée Kuhn

FRAUENSTREIK 2.0

Am 14. Juni 2019 findet der zweite Frauenstreik statt. Save the date, reserviere das Datum! Die Ankündigung kursiert auf Facebook. Schon ein Jahr vorher. Und 27 Jahre nach dem ersten Frauenstreik. Es war ein Freitag und für fast eine halbe Million Frauen und Männer auch ein befreiender Tag: Wenn frau will, steht alles still. Wir wollten endlich mehr Gerechtigkeit. Mehr Lohn, mehr Rechte, mehr Gleichstellungsgesetz. Dieses kam zwar. Es war ein Durchbruch – und dennoch: Auch heute, 22 Jahre danach, kennen die Gerichte das Gleichstellungsgesetz nicht gut genug. Mit ein Grund dafür, dass fast die Hälfte aller Lohnklagen scheitern. Und warum kennen viele Richterinnen und Richter das Gesetz nicht wirklich? Weil sie es nicht ernst nehmen (Seite 4).

SAVE THE DATE! Ein zweiter Frauenstreik ist überfällig. Geduld und Demut brachten die Frauen noch nie voran. Wut und Proteste schon. Sie/wir kämpften 62 Jahre bis zum Frauenstimmrecht, 88 Jahre bis zur Gleichstellung im Eherecht, 60 Jahre bis zur Fristenlösung bei der Abtreibung und 86 Jahre bis zur Mutterschaftsversicherung. Verrückt: Alles noch gar nicht lange her. Meine Mutter lebte fast vierzig Jahre ohne Stimmrecht. Und 56 Jahre unter einem frauenfeindlichen Eherecht. Es stellte die Ehefrau unter die Vormundschaft des Mannes. Der Mann konnte allein über Familieneinkommen und Wohnort bestimmen. Der Mann konnte der Frau sogar verbieten, erwerbstätig zu sein. Und er könnte es immer noch, wäre es nach der SVP gegangen. Es war Christoph Blocher, der 1985 allen voran die Gleichstellung der Eheleute bekämpfte. Später stemmte sich die Blocher-Partei auch gegen das Gleichstellungsgesetz und gegen die Einführung einer Mutterschaftsversicherung. Und heute ballert sie gegen Lohnkontrollen für Firmen.

SAVE THE DATE! Noch immer verdient eine Berufsfrau im Schnitt 3 Franken pro Stunde weniger, nur weil sie eine Frau ist. Im Monat macht dieser Lohnschiss 590 Franken aus, im Jahr 7000 Franken. Und 303 000 Franken im ganzen Erwerbsleben. Das haben die Expertinnen des Berner Büros Bass exklusiv für work berechnet. Hätten wir endlich Lohngleichheit, würde das also zünftig einschenken. Deshalb ist sie auch dein Bier. Ihr Bier, liebe Leserinnen und Leser. Und dieses Lohngleichheitsbier können Sie ab sofort auch trinken (Seite 5). Na dann, Prost!

Italien: Neue Regierung sucht Provokation

Häfen zu, grosse Klappe auf

Kaum im Amt, schloss Lega-Innenminister Matteo Salvini die Häfen für Flüchtlinge. Jetzt beschleunigt die Krise in Italien die Krise in der EU.

OLIVER FAHRNI

In der neuen italienischen Regierung sind die Ministerinnen Beierwerk und Statistinnen. Doch schon sie sind Familienminister Lorenzo Fontana zu viel. Der in der Wollgefärbte Ultrakatholik und Neofaschist von der Lega würde auch diese fünf Frauen gerne an den Herd zurückschicken, er verlangt mehr Kinder und das Verbot der Abtreibung. Homosexuelle, kündigte er an, werden ab sofort diskriminiert.

SAVONA NEIN, SAVONA JA

Kaum im Amt, hat die italienische Regierung schon die Provokation gesucht. Nicht nur verbal. Innenminister und Lega-Chef Matteo Salvini, der Mann, unter dem Giuseppe Conte Regierungschef spielt, schloss Italiens Häfen für Flücht-

lingsschiffe. Als dem Rettungsschiff «Aquarius» der Proviant ausging, nahm Spanien die 629 aus Seenot Geretteten auf, darunter 123 Minderjährige. Salvini twiterte ein Bild von sich in grinsender Heldenpose, Hashtag #chiudiamoporti: wir machen die Häfen

Im italienischen Establishment wogte ein Machtkampf.

zu. Grosse Klappe. Zwar hatten einige italienische Bürgermeister die Aufnahme der Flüchtlinge angeboten, darunter Livornos Filippo Nogarini von der Partei Cinque Stelle (M5S). Doch sein Parteichef Luigi Di Maio, Salvinis Bündnispartner und Minister für Arbeit und Soziales, piff ihn zurück.

Die Episode zeigt, wie die italienische Krise auch die Krise in der EU rabiat beschleunigt. Vor zwei Wochen schien es, als würde in Rom vorübergehend eine Technokratenregierung übernehmen. Staatspräsi-

dent Sergio Mattarella hatte die Ernennung des EU-Gegners Paola Savona zum Wirtschaftsminister verweigert. work schrieb: «Jetzt gibt es Neuwahlen.» Wenige Stunden später war alles ganz anders. Salvini und Di Maio schlugen eine neue Regierung vor, erneut mit dem zurückgewiesenen Savona. Diesmal wollten sie ihn aber nicht mehr als Wirtschaftsminister, sondern als Minister für Europa. Absurd, aber Staatspräsident Mattarella winkte ihn diesmal durch.

DRUCK AUS DER EU

Öffentlich nicht bekannt ist, was in diesen hektischen 72 Stunden zwischen «No» und «Si» geschah. Klar ist nur, dass es massiven Druck von

RAJOY ADE, FRAUEN OLÉ!

Lesen Sie über die Wahlen in Spanien **Riegers Europa** Seite 8

der Europäischen Zentralbank und vom Internationalen Währungsfonds gab. Und im italienischen

Establishment wogte ein Machtkampf. Der Arbeitgeberverband fuhr scharfes Geschütz gegen die Lega auf. Zwar gefiel den Bankern und Grossaktionären die Flat Tax im Regierungsprogramm. Und der militante Rassismus der Lega hatte sie noch nie gestört. Aber Budgetdisziplin und Euro mussten sein. Und von einem Schuldenschnitt, wie ihn Cinque Stelle verlangt hatte, wollte man nichts hören. Hauptsache, Italien blutet weiter für die Zinsen und die Rückzahlung der 2300 Milliarden Staatsschulden.

Dagegen hatte wiederum Lega-Chef Salvini nichts einzuwenden. Hauptsache, er regiert. Italiens Rechte, das Bürgertum und ultrarechten Aufsteiger schlossen die Fronten wieder. Brav versicherte darauf der neue Wirtschaftsminister Giovanni Tria, ein Austritt aus dem Euro «kommt nicht in Frage». Italien werde Schulden abbauen und das Budgetdefizit verringern. Wie das geschehen soll, weiss niemand.



1:0 FÜR SPANIEN: Die neue spanische Regierung um den sozialdemokratischen Premier Pedro Sánchez ist eine veritable Frauenregierung (Foto oben). 11 Frauen stechen dort (auch farblich) hervor. Derweil Italien auch nach den Wahlen bleibt, was es bisher war: ein Macho-Land, das allerdings zünftig nach rechts rutscht. Suche die 5 (auch farblich) angepassten Ministerinnen.

FOTOS: GETTY, AFP



Jagdgesetz-Revision Hände weg von unserem Biberli!

Seit es work gibt, gibt es auch das Biberli. Bald 17 Jahre lang hegen und pflegen wir den linkskritischen Nager in unseren Spalten. Und nun das: Der Ständerat will dem Biber an den Pelz. Er hat beschlossen, den Schutz für den Biber zu lockern. Dabei lebt der Nager erst seit den 1950er Jahren wieder in der Schweiz, nachdem er wegen seines Fleisches, des Pelzes und seines Drüsensekrets vollständig ausgerottet worden war.

NICHT FAUL. Das Stöckli hat damit ganz im Sinne der rechten Jagdfreunde aus den Bergkantonen entschieden. Und zwar rabiat: nicht nur einzelne Tiere will er zum Abschuss freigeben, sondern ganze Bestände. Biberlis ganze Familie. Die Begründung: Die Schäden für Bauten des Hochwasserschutzes und für

die Landwirtschaft seien zu gross. Tatsächlich sind Biber fleissige Buezer, sie stauen Bäche, graben Höhlen in Uferböschungen und fällen Bäume. Allerdings würden bereits Uferstreifen von 10 bis 20 Metern Breite reichen, um Konflikte mit

Biberli meint: «Immer auf die kleinen Dicken mit der Schnudernase!»

dem Biber zu vermeiden. Sagen die Umweltverbände.

Persönlich betroffen von diesem unsensiblen bürgerlichen Angriff auf sein Tierchen ist Biberli-Zeichner Rolf Willi. Er fragt: «Wieso ausgerechnet der Biber? Hoffentlich wandert der jetzt nicht nach Genf aus!» Dort ist Jagen nämlich seit 1974 verboten. Und Willi sagt weiter: «Der Biber ist doch ein starkes Tier, das bleibende Spuren hinterlässt.» Letzteres könne man hingegen nicht von allen in Bundesbern behaupten. (asz)

Endo Anaconda
worksms
An Hugo Portmann, Ex-Bankräumer und Abfallentsorger in Halbfreiheit

Endlich lässt man Sie frei! Von Ihren 58 Lebensjahren waren Sie 35 Jahre eingesperrt. 2 x lebenslänglich – zu viel für ein Menschenleben! Walter Stürm beging Suizid, nachdem man euch 1999 das letzte Mal gefasst hatte. Er konnte den Knast nicht mehr ertragen. Das machte mich damals sehr traurig. Sie haben Ihre Strafe abgesessen und für Ihre Freiheit gekämpft – Respekt! Ihr jetziger Beruf verdient auch Respekt – die Jungs auf dem Müllwagen sind Helden des Alltags. Ich hoffe, dass Sie sich in der «Freiheit» gut zurechtfinden, die Welt ist inzwischen ja nicht besser geworden. Von Herzen alles Gute, Endo

Ihr SMS an Endo:
077 437 56 82





EINGEPACKT, EINGESACKT:
Managerboni rauf, Dividenden
rauf – Renten runter.

FOTO: KEYSTONE

Private Lebensversicherer haben in der Altersvorsorge nichts verloren

Swiss Life & Co. zügeln unsere Renten ab

Renten runter, Boni und Dividenden rauf: das ist das Geschäftsmodell der Lebensversicherer. Ein faules Modell für die Versicherten.

RALPH HUG

In weniger als zehn Jahren hat die grösste private Rentenversicherer Swiss Life insgesamt 1,68 Milliarden Franken Gewinne aus dem BVG-Geschäft gezogen. Aus jenem Geld, das den versicherten Erwerbstätigen gehört. Der Gewerkschaftsbund hat diesem Rentenklau jetzt den Kampf angesagt. Präsident Paul Rechsteiner: «Das wahre Rentenproblem sind die immer schlechteren Renten der zweiten Säule.» Am Pranger stehen neben Swiss Life auch Allianz, Helvetia, Basler und Axa (früher: Winterthur). Denn sie verlangen in ihren Vollversicherungen für kleinere und mittlere Betriebe überhöhte Risikoprämien und zahlen den Versicherten immer schlechtere Renten. Gleichzeitig streichen Manager, Aktionäre und Broker jedes Jahr Millionen ein.

RENTEN AUF TALFAHRT

Rolf Dörig (61) ist Swiss-Life-Präsident und tritt gerne als «Mr. Lebensversicherer» auf. Insider sagen, er ziehe die Fäden, wenn es

um die zweite Säule gehe. Und der einst Freisinnige liebäugelt mit der SVP (siehe Artikel «Immer mehr nach rechts»). Dörigs Swiss Life dominiert mit 34 Prozent den Markt im sogenannten Kollektivlebensgeschäft. Über 460 000 Arbeitnehmende aus KMU sind bei der Swiss Life rentenversichert. Und ihre Rentenleistungen sind seit Jahren auf Talfahrt.

Hier die Fakten: Swiss Life hat den Umwandlungssatz in nur vier Jahren um mehr als 12 Prozent gesenkt. Von 5,84 Prozent im Jahr 2015 auf aktuell 5,4 Prozent. Bis 2020 wird er weiter auf 5,1 Prozent sinken. Dieser Satz bestimmt die Rentenhöhe. Die Versicherer können ihn im überobligatorischen Bereich frei festlegen. Für die Versicherten bedeutet dies einen happigen Rentenverlust.

Noch bitterer ist das Geschäft mit der Verzinsung. Swiss Life verzinst das

- **2016 gab es bei der Swiss Life für 100 000 Franken Alterskapital noch eine Rente von 5840 Franken pro Jahr.**
- **2020 gibt es nur noch 5100 Franken pro Jahr.**
- ➔ **Rentenverlust pro Jahr: 740 Franken!**

BVG-Alterskapital nur noch mit lumpigen 0,7 Prozent. Dagegen zahlen nicht gewinnorientierte Pensionskassen rund 2,2 Prozent. Also dreimal mehr.

Ein Beispiel zeigt, was das heisst: Ein 55jähriger Maler hat ein Alterskapital von 300 000 Franken angespart. Bei Swiss

Life erhält er dafür 2100 Franken Zins pro Jahr. Bei einer nicht gewinnorientierten Pensionskasse werden ihm jedoch 6720 Franken aufs Konto überwiesen. In einem einzigen Jahr macht der Swiss-Life-versicherte Maler also 4620 Franken rückwärts.

Urban Hodel, Rentenspezialist der Gewerkschaften, sagt: «Das Preis-Leistungs-Verhältnis der Lebensversicherer ist mittlerweile unterirdisch.» Er fordert, die Konzerne müssten endlich raus aus dem 800-Milliarden-Rentengeschäft. Wie die Axa. Sie hat im April angekündigt, aus der Renten-Vollversicherung auszustiegen.

DÖRIG AM DRÜCKER

Doch Swiss-Life-Dörig denkt nicht daran. Von Problemen will er nichts wissen. In der «Samstags-Rundschau» von Radio SRF sagte er kürzlich, die Vollversicherung müsse erhalten bleiben, «wegen der Wahlfreiheit».

Die Kritiker an den schlechten Leistungen der Swiss Life kanzelt er als «Rufschädiger» ab. Besonders gern stellt er die Gewerkschaften als Löli hin. Originalton Dörig: «Sie begreifen nicht, dass es auch Kapitalgeber braucht.» Damit will er die wachsende Kritik an der Abzockerei kontern.

Der operative Chef von Swiss Life, CEO Patrick Frost, garniert über 2 Millionen Franken im Jahr, und Dörig selber sackt für sein Verwaltungsratspräsidium

mit sechs Sitzungen im Jahr 1,2 Millionen Franken ein. Er zählt damit zur Riege der bestbezahlten Verwaltungsratspräsidenten in der Schweiz.

VERFEHLTES GESCHÄFTSMODELL

In den acht Jahren, seit Rolf Dörig VR-Präsident ist, dürfte ein fast zweistelliger Millionenbetrag in seine Taschen geflossen sein. Und auch die Aktionäre kassieren kräftig ab. Seit 2010 jagten die Manager die Swiss-Life-Dividende in die Höhe: ums Fünffache auf 13 Franken und 50 Rappen pro Aktie. Da reiben sich besonders die beiden grössten Anteilseigner die Hände: der US-Finanzriese Black Rock sowie die UBS. Dörigs «Renten-in-Gewinne-Umwandlungsmaschine» ist nichts anderes als Shareholder-Value-Politik in Reinkultur.

Alle Lebensversicherer sind heute im schiefen Rank. Das Problem sind die tiefen Zinsen. Diese wirken sonst auf das Rentenskapital wie ein «dritter Beitragszahler». Aber jetzt sind sie am Boden, und das Rentenskapital wächst kaum mehr. Wenn nun die Umwandlungssätze noch andauernd gesenkt werden, resultieren immer kleinere Renten. Dagegen können die Pensionskassen Gelder besser anlegen. Vor allem müssen sie keine Gewinne an teure Manager und nimmersatte Finanzfonds abführen. Dörig & Co. stehen für ein verfehltes Geschäftsmodell, das nicht mehr trägt. Fachmann Hodel spricht Klarheit: «Lebensversicherer haben im Geschäft mit unseren Renten nichts mehr zu suchen.» Auch der Gewerkschaftsbund fordert, die «Geldabflüsse» endlich zu stoppen (siehe Spalte rechts).

ABZOCKEREI IM BVG

MILLIARDEN WEG JAHR FÜR JAHR!

Die Gewerkschaften wollen die Abzockerei der Privatversicherer in der zweiten Säule stoppen. Die Versicherten werden mit überhöhten Kosten für Risikoprämien, Broker und Vermögensverwalter geschröpft. Gewerkschaftsbundspräsident Paul Rechsteiner: «Dieser Geldabfluss muss eingedämmt werden.» Es geht um Riesensummen. Pro Jahr gehen fünf Milliarden Franken allein für die Administration und die Vermögensverwaltung drauf. Laut Berechnungen der Finanzaufsichtsbehörde Finma versichern alljährlich 232 Millionen Franken in Vertriebs- und Brokerkosten. Alles auf Kosten der Versicherten.

RIESENSUMME. Matthias Kuert, Rentenspezialist bei Travail Suisse, hat ausgerechnet, dass die Privatversicherer pro Jahr eine Milliarde Franken mehr Prämien einnehmen, als dass sie für die Risiken Todesfall und Invalidität aufwenden müssten. Kuert warnt: «Solange die Versicherer mit überhöhten Prämien viel Geld verdienen können, werden sie das tun.» Die Gewerkschaften fordern zudem eine Anpassung der unsinnigen staatlichen Gewinngarantie. Die Versicherungskonzerne müssen nur 90 Prozent der eingenommenen Gelder als Renten ausschütten. 10 Prozent dürfen sie für sich behalten. Alle Versuche, diese Quote wenigstens auf 5 Prozent zu senken, hat die Versicherungslobby bisher verhindert. (rh)

Swiss-Life-Dörig: Immer mehr nach rechts

Der frühere CS-Banker präsidiert nicht nur seit über fünfzehn Jahren den Lebensversicherer Swiss Life. Er steht auch dem mächtigen Versicherungsverband vor. Und sitzt im Ausschuss des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse. Der Mann mit der Ministranten-Miene ist eine Zentralfigur der Zürcher Finanzelite. Diskret waltet er im Hintergrund. Aber wenn es ans Eingemachte geht, kennt er gar

nichts. In der AHV-Debatte forderte er schon früh Rentenalter 70. Sonst gebe es «griechische Verhältnisse», warnte er. Alle schüttelten über solchen Unsinn den Kopf.

AUF SVP-KURS. Als oberster Manager bei Swiss Life pumpte Dörig die ehemalige Genossenschaft Rentenanstalt zum börsenkotierten Milliardenkonzern hoch. Nach einem Rezept aus den 1990er Jahren, dem Shareholder Value, der die Aktionäre privilegiert. Dies trotz dem Skandal, der 1999 platzte: Gierige Swiss-Life-Manager hat-

ten sich damals mit dubiosen Finanzvehikeln bereichert. Dö-

Mit Finanzjongleur gedealt, über halbe Milliarde versenkt.

rig selber verhaute sich dann 2007, als er die deutsche Finanzvertriebsfirma AWD des Finanzjongleurs Carsten Maschmeyer postete. Zu einem überhöhten Preis, wie sich bald herausstellte. Ein Debakel. Fünf Jahre später war eine Bilanzkorrektur von 576 Millionen Franken nötig. In jüngster Zeit fällt

Dörig durch seinen politischen Rechtsschwenk von der FDP zur SVP auf. Erst äusserte er sich erfreut über die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Dann fuhr er dem Bundesrat in Sachen Rahmenabkommen mit der EU an den Karren. Schliesslich äusserte er Sympathien für die Selbstbestimmungsinitiative.

FREY UND DÖRIG. Alles ganz auf SVP-Linie. In der «Sonntagszeitung» stellte er kürzlich sogar seinen Beitritt zur Blocher-Partei in Aussicht. Vor Jahren war Dörig noch zahlungskräf-

tiges Mitglied der «Freunde der FDP» gewesen. Jetzt rudert Dörig offen im Fahrwasser von Blocher. Das gibt zwar Konflikte mit den Industriechefs von Economiesuisse. Denn die möchten die Schweiz nicht vom EU-Markt abschotten. Doch Differenzen spielt Rolf Dörig als unwichtige Meinungsverschiedenheiten herunter. Hat ihm SVP-Milliardär und Autoimporteur Walter Frey den Weg nach rechts ausgenavigiert? Möglich wär's, denn Dörig und Frey sitzen beide im Verwaltungsrat der Frey-Holding. (rh)



FOTO: KEYSTONE

Lohnungleichheit: Fast die Hälfte der Klagen scheitern

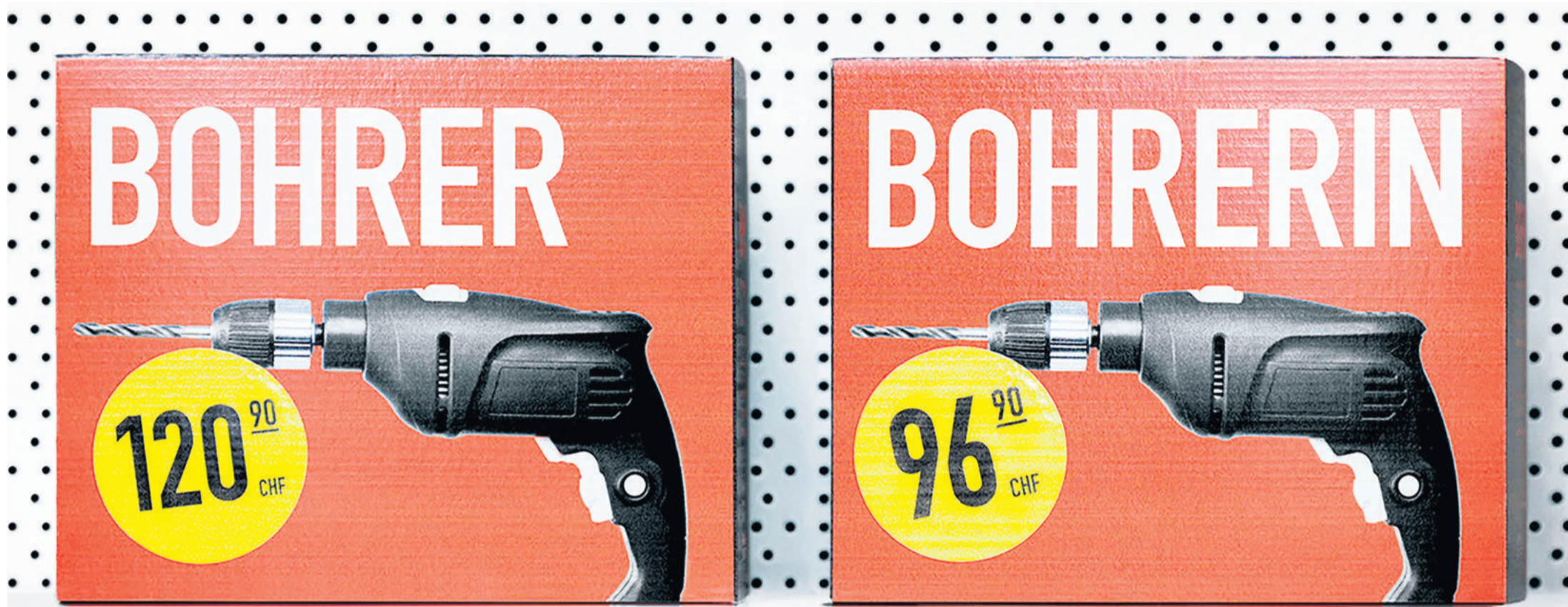
Richter kennen das Gleichstellungsgesetz nicht

#ENOUGH 2018

- 62 Jahre bis zum Frauenstimmrecht
- 88 Jahre bis zur Gleichstellung im Eherecht
- 60 Jahre bis zur Liberalisierung der Abtreibung
- 86 Jahre bis zur Mutterschaftsversicherung

Und wie lange noch bis zur **Lohnungleichheit?**

Grosse Frauendemo in Bern: 22.9.



GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT: So steht es im Gleichstellungsgesetz. Doch die Realität sieht anders aus. Frauen verdienen noch immer 20 Prozent weniger als Männer. FOTO: FRAUENZENTRALE ZÜRICH

Die Hürden für erfolgreiche Lohnklagen sind riesig. Nicht selten deshalb, weil die Gerichte das Gleichstellungsgesetz zu wenig gut kennen. Und das ganze 22 Jahre nach Inkrafttreten.

PATRICIA D'INCAU

Es ist eine unendliche Geschichte: Schon seit sechs Jahren kämpft Françoise Robert* dafür, dass ihr ehemaliger Arbeitgeber endlich geradestehen muss. Dafür, dass er Frauen schlechter bezahlt als Männer. Nur deshalb, weil sie Frauen sind. Robert arbeitete bis 2012 in einem Westschweizer Luxuswarenhaus. Als gelernte Schneiderin mit eidgenössischem Fähigkeits-

zeugnis kürzte sie dort Hosenbeine, nahm Röcke ein und änderte Blusen. Alles Arbeiten, die sich praktisch nicht von denen ihrer männlichen Kollegen unterschieden. Doch dann erfuhr Françoise Robert per Zufall: Ihre Kollegen verdienen mehr. Sie sprach ihre Vorgesetzten darauf an. Kurz danach erhielt sie die Kündigung. Robert ging vor Gericht und meldete sich bei der Unia. Der Prozess läuft heute noch.

Immerhin bestätigt inzwischen ein Gutachten, dass Robert tatsächlich weniger verdient hat als ihre Kollegen. Und zwar zwischen 24 und 33 Prozent. Das ist ein erster Erfolg, aber noch lange kein Sieg.

STEINIGER WEG

Die Geschichte von Schneiderin Françoise Robert ist keine Ausnahme. Auch bei der Gewerkschaft VPOD kennt man solche «langen Fälle». VPOD-Gleichstellungsfachfrau Christine Flitner sagt: «Für Lohnklagen braucht es einen langen Atem und Mut.» Auch deshalb, weil die Frauen am Ende trotz allem mit leeren Händen dastehen könnten. Rund 42 Prozent der Lohnklagen scheitern nämlich. Das zeigt eine Studie. Für Frauen, die ohne Gewerkschaft im Rücken vor Gericht gehen, ist so ein Prozess auch ein finanzielles Risiko. Zwar ist ein Verfahren, das sich auf das Gleichstellungsgesetz stützt, kostenlos. Trotzdem kann es für die Klägerin teuer werden. Dann nämlich, wenn sie verliert und Anwaltskosten der Gegenpartei übernehmen muss. Grössenordnung: mehrere Tausend Franken.

All das führt dazu, dass nur wenige Frauen ihr Recht einfordern. Auch wenn es bis heute die einzige Möglichkeit ist, sich gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz zu wehren. Die Statistiken zeigen: In den 22 Jahren, in denen das Gleichstellungsgesetz in Kraft ist, gab es nur gerade 900 Gerichtsverhandlungen. Bei mehr als einem Drittel davon ging es um den Lohn. Auch 37 Jahre nach der Verankerung des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung verdienen die Frauen in der Privatwirtschaft noch fast 20 Prozent weniger als die Männer. Den Lohnschiss in Franken siehe Spalte rechts.

KEIN PFLICHTSTOFF

Karine Lempen ist Professorin für Arbeitsrecht an der Universität Genf. Sie leitete im letzten Jahr eine Studie, in der rund 200 Gleichstellungsverfahren im Detail analysiert wurden. Neben Lohnklagen untersuchte sie auch Klagen wegen sexueller Belästigung,

Entlassungen nach Schwangerschaft oder Mutterschaft und wegen Rachekündigungen, nachdem Frauen am Arbeitsplatz auf die Diskriminierung hingewiesen hatten. Lempens Fazit: «Die Hürden sind gross.» Dauer und Kosten der Prozesse sind nicht die einzigen Probleme. Nicht selten gibt es Verfahrensmängel: weil die Gerichte das Gleichstellungsgesetz zu wenig kennen. Zwar ist es Teil des Arbeitsrechts, das im Studium Pflichtstoff ist. Aber: Wie stark sich angehende Juristinnen und Juristen tatsächlich mit dem Gleichstellungsgesetz beschäftigen, ist je nach Universität unterschiedlich. Und Weiterbildungen sind freiwillig. Eigentlich ein Skandal.

Auch die Zürcher Rechtsanwältin Bibiane Egg ärgert das. Sie hat sich aufs Gleichstellungsrecht spezialisiert und sagt: «Dass Anwälte und Richter das Gesetz nicht kennen, zeigt, dass sie es nicht ernst nehmen.» Nach jahrelanger Praxiserfahrung ist Egg aber auch überzeugt: Nur mit Gerichtsverfahren lassen sich die Lohnunterschiede nicht aus der Welt schaffen: «Die Unternehmen müssen endlich verpflichtet werden, die Löhne offenzulegen.»

ES BRAUCHT LOHNKONTROLLEN

Immerhin hat der Ständerat kürzlich beschlossen, dass sich Unternehmen, die mehr als 100 Angestellte beschäftigen, künftig alle vier Jahre einer Lohnanalyse unterziehen müssen. Jetzt liegt der Ball beim Nationalrat. Hilft das den Frauen weiter? Da muss Anwältin Egg lachen: «Das betrifft ja nur etwa 1 Prozent aller Unternehmen. Wo ist da denn bitte Transparenz?» Und im Einzelfall werde sich damit sowieso nichts ändern. Denn: Die Belegschaft wird zwar informiert, ob es eine Diskriminierung gibt. Jede Frau muss dann aber immer noch selber herausfinden, ob sie betroffen ist.

In 22 Jahren gab es nur gerade 900 Gerichtsverfahren wegen Lohnklagen.

Auch Arbeitsrechtlerin Lempen findet den Vorschlag des Ständerates problematisch. Zwar sei er ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber: Immer noch bleibt es alleinige Aufgabe der Arbeitnehmerinnen, die Lohnungleichheit durchzusetzen. Lempen findet deshalb: «Es braucht behördliche Stellen, die die Einhaltung der Lohnungleichheit prüfen.» Mit Kontrollen und Bussen, wenn es Verstösse gibt. Bei Schwarzarbeit oder Lohndumping existieren und funktionieren solche Kontrollen schon lange. Warum also nicht auch bei Lohndiskriminierung?

In der Onlinedatenbank www.gleichstellungsgesetz.ch sind alle Klagen gesammelt, die auf dem Bundesgesetz für die Gleichstellung von Frau und Mann und/oder auf dem Verfassungsgrundsatz der Lohnungleichheit basieren. Fälle aus der Westschweiz sind unter www.leg.ch zu finden.

Neue Zahlen zeigen: So gross ist die Lohnlücke

Jede erwerbstätige Frau wird in der Schweiz im Schnitt um 7000 Franken im Jahr geprellt. Das zeigen die Berechnungen der Expertinnen des Berner Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (Bass).

Pro Monat beträgt dieser Lohnschiss volle 590 Franken. Auf ein ganzes Frauenerwerbsleben



LUXUSFERIEN? Könnten Frauen sich ohne Lohnlücke leisten.

von 43 Jahren umgelegt im Minimum 303 000 Franken. Gesamthaft werden die berufstätigen Frauen in der Schweiz jährlich um fast 10 Milliarden Franken geprellt.

FERIEN. Ohne Lohndiskriminierung läge ein Luxusurlaub auf den Seychellen also locker drin. Jedes Jahr! Oder soll es lieber einmal im Monat ein Wellnesswochenende sein? Wie auch immer: 590 Franken pro Monat, 7000 im Jahr, 303 000 in einem ganzen Arbeitsleben: diese Zahlen zeigen die Dimensionen der Diskriminierung, von dem die erwerbstätigen Frauen in der Schweiz betroffen sind. (sr)

Mehr Informationen finden Sie hier: rebrand.ly/lohnungleichheit

Es gärt und brodeln: Frauenstreik reloaded?

1991 hatten die Frauen genug. Genau zehn Jahre waren vergangen, seit das Prinzip der Gleichstellung in der Bundesverfassung verankert worden war. Zehn Jahre lang hatten sie gewartet, dass die Gleichstellung endlich auch zum Gesetz werde. Aber im Bundeshaus tat sich nichts. Deshalb traten die Frauen am 14. Juni 1991 für einen Tag in den Streik. Mit vollem Erfolg: Rund eine halbe Million Menschen machten mit – und so kam das Gleichstellungsgesetz schliesslich doch noch.

GENUG. Das war ein Durchbruch. Aber auf die erhoffte Lohnungleichheit warten die Frauen noch immer. Deshalb könnte sich die Geschichte wiederholen: Auf Facebook wird gemunkelt, dass es 2019 einen Frauenstreik geben soll. Fake News? Nicht ganz. Tatsächlich hat sich die SGB-Frauenkonferenz Anfang Jahr einstimmig für eine Neuauflage ausgesprochen. An einem Treffen in Lausanne haben 120 Frauen jüngst über die Frage «Frauenstreik 2019?» diskutiert. Unia-Geschäftsleitungsmitglied Corinne Schärer war dort und sagt: «Es gärt und brodeln.» Die Frauen hätten genug von der Diskriminierung, die sie erleben, und davon, wie respektlos im Bundeshaus darüber gesprochen werde. Deshalb soll jetzt etwas passieren. Zuerst mit der grossen Lohnungleichheitsdemo am 22. September. Und dann? «Müssen wir weiterschauen», meint Schärer. Eines verrät sie aber doch: «Ein starker Protest könnte der Schritt für etwas Grösseres sein.» (pdi)

* Name geändert.



CLAUDIA DUTOIT: «In meinem Job muss man topfit sein. Ohne Muckis geht hier gar nichts!»

FOTO: VALENTIN FLAURAUD

Hoch die Humpen und Handys Gratis-Bierdeckel und Wettbewerb

So macht der Kampf für die Lohnungleichheit doppelt Spass: Auf der Kampagnen-Website www.auch-dein-bier.ch gibt's gratis Bierdeckel mit dem Logo «Lohnungleichheit ist auch dein Bier» zu bestellen. Auf der Rückseite jedes Bierdeckels steht ein Aufruf an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sich nun endlich mit obligatorischen Kontrollen und Sanktionen für die Lohnungleichheit einzusetzen. Schicken Sie den Bierdeckel an den Schweizerischen Gewerkschafts-



Lohnungleichheit können wir jetzt auch trinken Mein Bier, dein Bier

Ohne Muckis kein Bier – das weiss keine besser als Claudia Dutoit, die in der Westschweizer Brauerei La Nébuleuse das neue Lohnungleichheitsbier der Gewerkschaften verpackt.

SABINE REBER

Immer noch verdienen die Frauen knapp 20 Prozent weniger, nur weil sie Frauen sind. Das macht im Durchschnitt 3 Franken pro Stunde, 590 Franken pro Monat, 7000 Franken im Jahr oder 303'000 Franken in einem ganzen Arbeitsleben. Das zeigen neue Berechnungen, welche die Expertinnen des Berner Büros Bass exklusiv für work gemacht haben (siehe Spalte links). Die Firmen profitieren direkt vom Lohnklauf an den Frauen. Und das 37 Jahre nach Inkrafttreten des Gleichstellungsartikels. Um das zu verkraften, brauchen wir erst mal ein Bier. Das sonnige Pale Ale schmeckt angenehm würzig und wirkt mit seinem üppigen Schaum sommerlich keck und erfrischend fruchtig, mit kräftigen Nuancen von Zitrusfrüchten. Lanciert wurde es am 14. Juni vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).

AUSGEFALLENE SPEZIALITÄTEN

Und wie steht es mit den Frauen in der Bierbrauerei? work hat bei La Nébuleuse in Renens VD vorbeigeschaut. Ganze 4000 Liter Gleichstellungsbier hat die Brauerei hergestellt. In einem alten Fabrikkomplex, in dem sich diverse Westschweizer Start-up-Firmen eingemietet haben, stehen in einer grossen Halle die Biertanks von La Nébuleuse. Es riecht nach vergorener Hefe, nach Alkohol und süssen Röstaromen. Die kleine Westschweizer Brauerei ist bekannt für ihre ausgefallenen, ja experimentellen Bierspezialitäten. Hin-

ter einem Stapel Bierkartons treffen wir die gelernte Lebensmitteltechnologin Claudia Dutoit (29), die seit einem Jahr als Packerin bei La Nébuleuse arbeitet. Sie hat eine Figur wie Lara Croft und erzählt auch gleich, wie viel Sport sie treibe, «Velo, Fitness, aber vor allem viel Krafttraining! In meinem Job muss man topfit sein. Ohne Muckis geht hier gar nichts!»

6000 Hektoliter Bier produzieren die Kultbrauer jedes Jahr. Die Flaschen, Büchsen und Fässer werden von der jungen Frau kritisch begutachtet, bevor sie sie einpackt und auf die Stapel beigt. Aber Dutoit packt nicht nur ein, mitunter hilft

Dieses Bier schmeckt würzig und sommerlich keck.

ist wirklich cool in so einem kleinen Team, wir helfen einander immer aus, und alle wissen ein bisschen über alles Bescheid.» Bevor sie zu La Nébuleuse kam, hat sie als Packerin in einem Grosskonzern in der Westschweiz gearbeitet, auch dort war sie die einzige Frau weit und breit. Sie sagt: «Ich bin schon als Kind immer mit den Jungs draussen herumgerannt, und es ist für mich völlig normal, inmitten von Männern zu arbeiten. Ich kenne nichts anderes.»

MEHR VIELFALT DANK FRAUEN

La Nébuleuse ist eine der wenigen Brauereien, bei denen überhaupt Frauen im Team mitarbeiten. Geschäftsführer Arthur



Viaud (29) hat die Brauerei mit dem Zeppelein im Logo vor fünf Jahren zusammen mit zwei Jugendfreunden gegründet. Er sagt: «Die Welt der Bierbrauerei ist eine klassische Männerwelt. Wir suchen bei offenen Stellen jeweils aktiv nach geeigneten, gut ausgebildeten Frauen, aber das ist gar nicht so einfach.»

Derzeit beschäftigt La Nébuleuse 3 Frauen und 16 Männer. Die Hierarchien seien so flach wie möglich und die Lohnunterschiede von Job zu Job nicht gross. Die Lohnungleichheit sei ihm ein wichtiges Anliegen. Darum habe er sofort zugesagt, ein Gleichstellungsbier für die Gewerkschaften zu entwickeln, «eine super Sache!» Und er fügt an: «Wir hätten gern mehr Frauen im Team, das ist gut für die Vielfalt.»

KEIN FRAUENBIER

Insbesondere bei der Entwicklung von neuen Sorten sei es wichtig, die Meinung der potentiellen Kundinnen zu hören. Manche Grossbrauereien hätten da einen recht sexistischen Ansatz, sagt Viaud: «Dass sie bei sogenannten Frauenbieren einfach noch Zucker zugeben, das ist doch respektlos!» Bei La Nébuleuse gibt's so was nicht, denn, so Viaud, «wir brauen ehrliches, sauberes Bier für alle Geschlechter». Das Gleichstellungsbier jedoch schmeckt auch recht fruchtig. Darauf angesprochen, erklärt Viaud: «Wir haben unser beliebtes Pale Ale kalt aufgehopt, damit es fruchtiger schmeckt. Aber Fruchtig ist keinesfalls mit Süss zu verwechseln! Wir mischen garantiert keinen Zucker bei.» Na, Prost dann, auf die baldige Lohngleichheit!

bund, und dieser wird Ihren Aufruf weiterleiten.

Und auf Facebook gibt's gleichzeitig einen Wettbewerb. Machen Sie allein oder mit Freundinnen und Freunden ein Foto, auf dem das Motto «Lohnungleichheit ist auch dein Bier» gut zu erkennen ist. Zum Beispiel mit dem Gleichstellungsbier oder mit den Bierdeckeln oder mit einer eigenen Idee. Teilen Sie das Foto auf der Facebook-Seite fb.me/auch.dein.bier, und Sie nehmen automatisch an der Verlosung der Preise teil. Zu gewinnen gibt es einen Besuch in der Brauerei La Nébuleuse für fünf Personen einschliesslich Degustation, Apéro und Anreise als ersten Preis. Der zweite Preis ist ein Bierbrau-Set. Als dritter Preis winkt eine Kiste Lohngleichheitsbier. Je ein schickes Lohngleichheits-Portemonnaie können Sie für die Plätze 4 bis 100 gewinnen. Also hoch die Tassen und die Handycameras, und viel Glück! (sr)

Hier gibt es das Gleichstellungsbier:

BERN

Adriano's Café & Bar, Theaterplatz 2, www.adrianos.ch • Caffè Bar Sattler, Mittelstrasse 15 (ab Mitte Juli), www.caffebarsattler.ch • Hotel Bern, Zeughausgasse 9, www.hotel-bern.ch

ZÜRICH

Stazione Paradiso, Wasserwerkstrasse 89a, 8037 Zürich, www.stazioneparadiso.ch

BASEL

Didi Offensiv, Erasmusplatz 2 (ab Mitte Juli), www.didioffensiv.ch

AARAU

bistro bar gossip, Rathausgasse 24, bargossip.ch

LUZERN

Libelle, Maihofstrasse 61, www.restaurantlibelle.ch

LAUSANNE

Brasserie de Montbenon, allée Ernest-Ansermet 3, www.brasserieedemontbenon.ch • Café Saint Pierre, place Benjamin-Constant 1, www.cafesaintpierre.ch • PiBar, rue du Valentin 62, www.pibar.ch • Café de Grancy, avenue du Rond-Point 1, www.cafedegrancy.ch

GENÈVE Au Coin Mousse, rue du Fort-Barreau 21, www.aucoinmousse.ch

Postauto-Bschiss: Konzernchefin, Geschäftsleitung, Ex-Finanzchef, alle weg Köpfe rollen, Post-Problem bleibt

Der Postauto-Bschiss hat personelle Folgen. Das ist richtig. Er sollte aber vor allem politische Folgen haben. Denn das ist wichtig.

CLEMENS STUDER

Rund 100 Millionen Franken Subventionen hat sich die Post im Postauto-Geschäft ertrickst. Mit 200 000 Fake-Buchungen liessen die Verantwortlichen über Jahre hinweg Gewinne im Regionalverkehr verschwinden und andernorts wieder auftauchen. Hintergrund: mit 80 Prozent des Postauto-Umsatzes darf die Post offiziell keinen Gewinn machen. Weil die Konzernleitung (und die Politik) trotzdem Profit ma-

chen wollten, kam es zum «Zielkonflikt» (O-Ton des geschassten Postautochefs Daniel Landolf). Diesen «löste» man mit den Bschiss-Buchungen (work berichtete im Februar www.rebrand.ly/bschiss1).

KNALL AM MONTAGMORGEN

Das Bundesamt für Polizei ermittelt. Bereits abgeschlossen ist die von der Post in Auftrag gegebene externe Untersu-

Die Post muss wieder Grundversorgerin werden.

chung der Falschbuchungen. Am 11. Juni hat sie Post-Verwaltungsratspräsident Urs Schwallier vorgestellt. Jetzt ist Konzernchefin Susanne Ruoff weg und die ganze Postauto-Geschäftsleitung auch. Und im Aargau holte die Geschichte Kantonalbankchef Pascal Koradi ein, der bis vor zwei Jahren Finanzchef der Post war. Er trat tags darauf zurück. Das sind zwar keine Überreaktionen, doch rollende Köpfe ändern am grundsätzlichen Problem nichts.

KAHLSCHLÄGE

In den vergangenen zwanzig Jahren wurde aus der Grundversorgerin PTT, politisch gewollt, der profitgetriebene Post-Konzern. Verloren haben die Mitarbeitenden und die Kundinnen und



AUSSEN KUSCHELIG, INNEN FAUL: Hinter der gelben Post-Fassade verbergen sich Lug, Trug und Profitgier. FOTO: PD

Kunden. Profitiert haben die Kader und die Staatskasse. Allein zwischen 2006 und 2016 stiegen die Löhne und Boni der Post-Kader um 24 Prozent. Im Gegenzug verschlechterten die Manager die Arbeitsbedingungen für Tau-

sende Mitarbeitende: Stellenabbau, Auslagerungen, erhöhter Leistungsdruck. Auch der Service für die Kundschaft wird immer schlechter, der Kahlschlag bei den Poststellen geht weiter. Bei der Bevölkerung wächst der

Unmut, bei den Pöstlerinnen und Pöstlern ist die Stimmung schlecht. Sie berichten von Zeitdruck, Frust und der Angst, die Stelle zu verlieren (die work-reportage: rebrand.ly/postrepe).

KEHRTWEDE

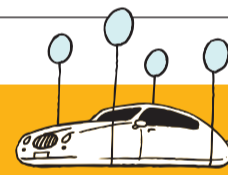
Politikerinnen und Politiker von rechts bis ganz rechts nehmen jetzt den Postauto-Bschiss zum Anlass, nach noch mehr Privatisierung zu rufen. Sie könnten geradeso gut versuchen, Feuer mit Benzin zu löschen. Denn die wirksamste Prävention gegen Trickserien mit Subventionen ist politische Ehrlichkeit, gepaart mit einem innovativen Blick nach vorne.

Die Post (wie übrigens alle Service-public-Unternehmen) muss sich endlich wieder als Grundversorgerin verstehen, die hochwertige Leistung flächendeckend zu angemessenen Preisen anbietet – erbracht von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit guten Arbeitsbedingungen. Und sie muss sich endlich ernsthaft der Digitalisierung stellen, bevor beispielsweise der Billig-Transportdienst Uber die Post überflüssig macht.

Chauffeure: In der Freizeit schufteten

Zwei Tage vor dem grossen Postauto-Knall hat die Postgewerkschaft Syndicom eine Petition eingereicht, in der 1312 Postautofahrerinnen und -fahrer eine korrekte Erfassung der Arbeitszeit fordern. Denn die sogenannten Zeitpauschalen in den Dienstplänen, etwa für den Sicherheitscheck des Fahrzeuges oder das Starten der elektronischen Kasse, sind unterdessen so knapp bemessen, dass die Mitarbeitenden einen grossen Teil dieser Arbeit unbezahlt leisten müssen (alle Details unter: rebrand.ly/gratisarbeit). Das heisst konkret: Während in der Konzernzentrale offensichtlich genügend Zeit (und Budget) da war, 200 000 Bschiss-Buchungen zu erfinden, müssen die Postautochauffeure den Sicherheitscheck ihrer Fahrzeuge in ihrer Freizeit machen.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Elektromobilität: Schweden bringt den Strom zur Strasse

Schweden baut die Carrera-Rennbahn aus der Spielkiste jetzt im Massstab 1:1 – mit stromführenden Schienen in den Autostrassen. Was hat das mit Karl Marx zu tun?

Plötzlich finden fast alle Karl Marx gut. Selbst die NZZ. Alle machen sich einen eigenen Reim auf jenen Herrn Karl, der rauchte wie ein Bürstenbinder, zu viel soff und seine Furunkelschmerzen mit Morphinum dämpfte. Und deshalb relativ früh für immer auf seinem Sofa einschlieff. Ohne den Trost der Religion, dieses Opiums des Volkes.

Der Theoretiker Karl Marx war zeitlebens fasziniert von der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse. Er versuchte zu verstehen, wie die Welt des Geldes, der Waren, des Mehrwerts, der Kapitalisten und der von ihnen ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter funktioniert.

Er war ein permanenter Revisonist. Immer wieder revidierte er aufgrund neuer Fakten seine Analysen und Positionen. Deshalb finden in seinen Schriften alle fast immer das, was sie jeweils suchen. Nur nicht etwas Konkretes darüber, wie denn Sozialismus und Kommunismus einst funktionieren könnten.

Was bleibt, sind zwei Dinge. Erstens der politische Standort von Marx: an der Seite der Menschen mit kleinen, mittleren und oft keinen Einkommen. Und zweitens seine Arbeitsmethode: «Das Kapital» ist keine Bibel, sondern eine Betriebsanleitung, wie man Gesell-



IN DER SCHIENE LIEGT DIE KRAFT: Montage von stromführenden Schienen unter dem Deckbelag der Strasse. Sie versorgen die Motoren der E-Autos mit Energie. FOTO: EROADARLANDA

schaften analysiert, um sie eines Tages vielleicht auch zu verändern (mehr zu Marx: siehe Seite 13).

ROBOTERAUTOS. Wir stehen am Beginn der zweiten Elektrifizierung der Gesellschaft. Diese wird, kombiniert mit der Digitalisierung aller Abläufe und Bewegungen, unser Leben grundlegend verändern. Der technische Fortschritt öffnet potentiell den Weg hin zu demokratischen, sozialistischen, umweltfreundlichen und selbstverwalteten Gesellschaften. Noch wissen die Linken nicht sehr genau, wie diese aussehen sollen und werden. Aber viele wittern

zu Recht zumindest etwas rosarote Morgenluft.

Die Mobilität kostet Industriegesellschaften 10 bis 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und somit unheimlich viel. In der Schweiz macht das rund 80 Milliarden Franken im Jahr aus. Pro Nase und Jahr somit 10 000 Franken.

Der technische Fortschritt ermöglicht nächstens die Überwindung des privaten Eigentums an fahrbaren Untersätzen. Das haben die Autokonzerne inzwischen begriffen und wollen uns deshalb künftig direkt oder indirekt von A nach B chauffieren – mit Fahr-

zeugflotten, die ihnen gehören. Um ihre Gewinne zu steigern. Und dies dank Elektromobilität und Roboterautos erst noch umweltfreundlicher als heute.

In Schweden bewegt sich diesbezüglich viel. Volvo will schneller als alle anderen europäischen Automobilkonzerne keine reinen Benzin- oder Dieselfahrzeuge mehr herstellen. Auch dank den chinesischen Eigentümern.

ELEKTRO-RÜSSEL. Und jetzt macht Schweden einen Test mit Stromschienen, die in die Strasse verlegt sind. Schienen, wie wir sie als Kinder und Kindische von den Carrera-Rennbahnen her kennen. Das Carrera-Konzept im Schweden-Massstab 1:1.

In alle wichtigen Strassen Schwedens sollen 22 000 Kilometer Stromschienen verlegt werden. Pro Stunde können sie, falls die Tests erfolgreich sein sollten, einen Kilometer Stromschiene verlegen. Und dies zum Preis von 500 000 Franken. Entsprechend ausgerüstete Autos, Busse und Lastwagen holen sich mit einem Rüssel den Strom aus den in sechs Zentimetern Tiefe verlegten, sicheren Stromschienen. Vor dem Überholen und dem Abbiegen auf Nebenstrassen wird der Elektro-Rüssel eingezogen, und das Fahrzeug bewegt sich dank vorhandener kleiner Batterie weiter.

Die Stromschienen sollen billiger sein als die in Schweden für Lastwagen bereits getesteten elektrischen Oberleitungen aus dem Hause Siemens. Und können im Gegensatz zu diesen auch von Autos genutzt werden.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/Stromschiene Stromschienen funktionieren offenbar auch in harten schwedischen Wintern, wie die Teststrecke zu beweisen scheint.
- rebrand.ly/vattenfall Deutschland und selbst die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel scheinen an diesen Stromschienen interessiert zu sein. Das teilt das am Projekt beteiligte Unternehmen Vattenfall mit.
- rebrand.ly/diewelt Kein Wunder, dass die deutsche Tageszeitung «Die Welt», die der CDU nahesteht, über diese Idee positiv berichtet.
- rebrand.ly/ruessel Rudi Rüssel ist ein Renschwein. Und der Markenname einer fossilen Tankstellenkette. Beide haben mit den schwedischen Elektro-Rüsseln nichts zu tun.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch



DOPPELTE BÜRDE: Beatrice Zbinden muss mit den Folgen ihrer Krankheit klarkommen und mit der mickrigen IV-Rente. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Wer wenig verdient, wird von der Invalidenversicherung bestraft

IV lässt Coiffeuse Beatrice Zbinden darben

Wäre Beatrice Zbinden früher Pilotin gewesen, bekäme sie jetzt von der IV eine anständige Rente. Doch Zbinden war Coiffeuse und erhält nur 401 Franken pro Monat. Zynisch, aber rechtens.

CHRISTIAN EGG

Acht Zentimeter gross war der Tumor, den die Ärzte im Kopf von Beatrice Zbinden feststellten. Das war vor vier Jahren. Die Diagnose und die anschliessende Operation veränderten das Leben der heute 55jährigen aus Niederscherli im Kanton Bern total. Sie sagt: «Ich kann mich nicht mehr lange konzentrieren, etwa bei Schreibarbeiten oder auch in Gesprächen.» Zudem verträgt Zbinden kein helles Licht und keinen Lärm mehr: «Bei Sonnenschein gehe ich lieber nicht aus dem Haus.» Schlimm sei auch Zugfahren: Der Geräuschpegel und die vielen Leute machten sie nervös und unsicher. Das halte sie fast nicht aus.

Ihren Beruf als selbständige Coiffeuse kann Zbinden nicht mehr ausüben. Das stellten auch die Ärztinnen und Ärzte der IV fest. Nur noch eine «gut überschaubare Tätigkeit ohne höhere Anforderungen» komme in Frage und nur, wenn sie zwi-

schend durch Ruhepausen einlegen könne. Befanden sie. Und auch dann höchstens vier Stunden am Tag. Gehen wir von einer 42-Stunden-Woche aus, ist Beatrice Zbinden also etwas weniger als 50 Prozent arbeitsfähig. Trotzdem bekommt sie von der IV nur eine Viertelsrente. Exakt 401 Franken pro Monat. Wie kann das sein?

NUR VIERTELSRENTE

Es hat mit der Berechnungsmethode der IV zu tun. Denn der «Invaliditätsgrad», der für die Rente entscheidend ist, entspricht nicht der medizinisch festgestellten Arbeitsunfähigkeit. Die IV stellt jeweils einen Einkommensvergleich an. Und geht bei Zbinden davon aus, dass die Frau trotz ihrer Behinderung noch 22 000 Franken im Jahr verdienen könnte. Das Problem: Vor dem Hirntumor hat die Coiffeuse nur gerade 37 000 Franken pro Jahr verdient. Der Unterschied von vorher zu jetzt, eben der Invaliditätsgrad, beträgt nur 41 Prozent. Und die berechtigten nur zu einer Viertelsrente.

«Das ist ein Fehler im System.»

NIKOLAUS TAMM, ANWALT

beträgt nur 41 Prozent. Und die berechtigten nur zu einer Viertelsrente.

STRAFE FÜR TIEFEN LOHN

Peter Kaufmann ist der Anwalt von Beatrice Zbinden. Er kritisiert, dass seine Klientin von der IV dafür bestraft werde, dass sie vor der Invalidität schlecht verdient habe. Kaufmann: «Hätte sie vorher besser verdient, be-

käme sie jetzt eine Dreiviertelsrente.» Trotzdem kann sich Zbinden nicht gegen ihre Tiefrente wehren. Denn das Vorgehen der IV entspricht dem Gesetz (siehe unten).

Doch wie begründet die IV die Annahme, Zbinden könnte heute immer noch 22 000 Franken verdienen? Sie stützt sich auf den Durchschnittslohn des Bundesamts für Statistik. Der beträgt für eine Frau und für «einfache Tätigkeiten» rund 4500 Franken im Monat für eine Vollzeitstelle. Auch dieser Vergleich ist rechtens, geht aber völlig an der Realität vorbei, wie Anwalt Kaufmann kritisiert: «Laut der IV müsste Frau Zbinden mit ihrer Behinderung also eine viel besser bezahlte Stelle finden, als sie vorher hatte.» Und die IV sagt ihr nicht, wo sie eine solche Stelle finden könnte. Weil es solche Stellen für Behinderte gar nicht gibt. Das ist mehr als zynisch.

KEIN EINZELFALL

Fälle wie der von Coiffeuse Beatrice Zbinden kämen immer wieder vor, sagen Jurist Kaufmann und auch andere Fachleute, mit denen work gesprochen hat. Beim Basler Anwalt Nikolaus Tamm sind gar 80 bis 90 Prozent seiner IV-Klientel schlechtverdienende, die durch diese IV-Methode benachteiligt werden. Er meint: «Dagegen bekommt ein Kaderangestellter, der vorher 180 000 Franken verdient hat und jetzt mit einer Behinderung noch 50 000 Franken verdienen kann, eine volle IV-Rente.» Tamms Fazit ist klar: «Das ist ein Fehler im System.»

Politisch gewollt: Tiefe IV-Rente für Schlechtverdienende

Nationalrätin Silvia Schenker sagt: «Es ist eine krasse Ungerechtigkeit, wie die IV Menschen mit tiefem Einkommen benachteiligt.» Die Basler SP-Sozialpolitikerin reichte dazu vor vier Jahren ein Postulat ein. Ihre Forderung war moderat: In einem Bericht hätte der Bundesrat Vorschläge und Ideen entwickeln sollen, um das System für die Berechnung des Invaliditätsgrades zu verbessern. Doch der Bundesrat und die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat schmetter-



FOTO: HEYSTONE

«Es ist krass ungerecht»

SILVIA SCHENKER, NATIONALRÄTIN

ten den Vorstoss ab. Die Folge: Das Problem besteht weiter, wie

der Fall von Beatrice Zbinden zeigt (siehe oben). Verantwortlich für die IV ist das Bundesamt für Sozialversicherungen. Das Amt schreibt work: «Wie der IV-Grad festgelegt wird, hat der Gesetzgeber festgehalten.»

UNBEGREIFLICH. Dass Menschen mit tiefem Einkommen wie Zbinden nur geringe Renten bekommen, erklärt das Amt so: «Die Invalidität ist als wirtschaftliche, nicht als medizinische Grösse definiert.» Und dass

man auf die Durchschnittslöhne der Statistik abstelle, entspreche der Praxis des Bundesgerichts. «Unbegreiflich» findet das Nationalrätin Schenker: Derzeit behandelt die Sozialkommission des Nationalrats eine Revision der IV. Für Schenker ist klar: «Solange sich die Art der Berechnung nicht ändert, ist es für viele Schlechtverdienende aussichtslos, eine anständige IV-Rente zu bekommen.» Sie will deshalb das Thema wieder aufs Tapet bringen. (che)



la suisse existe
Jean Ziegler

SOLIDARITÄT MIT FASCHISTEN

Nie in meinem Leben, auch nicht in meinen schlimmsten Albträumen, hätte ich daran gedacht, einmal eine SVP-Initiative zu unterstützen. Wenn auch aus anderen Gründen.

Ende März veröffentlichte der Bundesrat fast verschämt ein trockenes Communiqué. Inhalt:

Die Schweiz honoriert schwerste Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa mit Milliarden.

Den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten soll

erneut ein Solidaritätsbeitrag von 1,3 Milliarden Franken überwiesen werden. Offiziell sollen damit Entwicklungsprojekte finanziert werden, dank denen der Rückstand zum gemeinsamen europäischen Markt verringert werden könnte.

Noch am gleichen Tag verlangte die SVP eine referendumsfähige Gesetzesvorlage, damit die Schweizerinnen und Schweizer über die Milliarde abstimmen können.

JAGD AUF FLÜCHTLINGE. In der Flüchtlingspolitik verletzen die osteuropäischen Staaten permanent sämtliche rechtlichen und moralischen EU-Verpflichtungen. Mit von der Nato geliefertem Stacheldraht, Mauern und staatlichen Schlägerbrigaden verhindern sie, dass gepeinigte Flüchtlingsfamilien aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan in ein EU-Land kommen und Asyl beantragen können. Seit der Uno-Flüchtlingskonvention von 1951 ist das Recht auf Asyl ein universelles Menschenrecht für alle, die in ihrer Heimat aus ethnischen, religiösen oder politischen Gründen ihr Leben riskieren. 2004 kamen Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Polen zur EU. Drei Jahre später folgten Rumänien und Bulgarien. Für alle diese bis auf die Knochen korrupten Staaten spricht Ungarns autokratischer Regierungschef Viktor Orbán: «Wir leben in ethnisch homogenen Gesellschaften. Ihr Fundament ist das Christentum. Die Flüchtlinge bedrohen unsere christliche Identität.» (Le Monde, 29. 3. 2018)

Orbán's Staatspartei Fidesz unterhält eine eigene Miliz. Diese beteiligt sich an der 170 Kilometer langen Südgrenze zu Serbien an der Abwehr von Flüchtlingen: Wer am Zaun gefasst wird, muss damit rechnen, zusammengeschlagen und wegen des «Versuchs eines illegalen Grenzübertritts» für drei Jahre ins Gefängnis gesteckt zu werden.

EINE FREUNDLICHKEIT. Warum will der Bundesrat diese 1,3 Milliarden Franken den Willkürregimen im Osten zahlen? Die inoffizielle Erklärung: Es handle sich um eine Freundlichkeit, die die laufenden Verhandlungen über einen Rahmenvertrag zwischen der EU und der Schweiz erleichtern könnte. Mir dreht sich der Magen um, wenn ich daran denke, dass auch meine Steuern dazu dienen sollen, schwerste Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa mit Milliarden zu honorieren. Ich werde mich deshalb mit aller Kraft für die Versenkung dieser «Solidaritätszahlung» einsetzen. Notfalls eben auch im Rahmen eines von der SVP lancierten Referendums.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Spanien

Rajoy ade, Frauen olé!

Plötzlich ging es ganz schnell: Ministerpräsident Mariano Rajoy wurde gestürzt. Sieben Jahre hatte der Reaktionär geherrscht. Mitte Mai jedoch überführte ein Gericht Rajoy's Partido Popular definitiv als korrupten Haufen. Ihr Kassier kassierte 33 Jahre Knast, so dreist hat er gewütet. Millionen Schwarzgeld versteckte er in der Schweiz.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Auch 29 weitere Parteifunktionäre sind zu langen Haftstrafen verurteilt. Rajoy hatte wohl als Parteipräsident vom Schmiergeldsystem gewusst. Jetzt hat der Chef der Sozialdemokraten, Pedro Sánchez, die Chance gepackt. Er stellte, unterstützt von der Linkspartei Podemos und den Basken und Katalanen, einen Misstrauensantrag gegen die Regierung – und weg war sie.

WIDERSTAND. Damit endet ein düsteres Kapitel in der Geschichte Spaniens. Auf die Autonomieforderungen aus Katalonien hatte Rajoy mit Polizei und Gerichtsklagen geantwortet. Und die Region am Schluss unter Vormundschaft Madrids gestellt. Die Lohnabhängigen mussten Lohnkürzungen und Verschlechterungen des Arbeitsschutzes hinnehmen. Mit einem Gesetz aus General Francos Zeiten gingen Polizei und Gerichte gegen Streikende und Demonstrationen vor. Jetzt zieht die spanische Wirtschaft

Ein düsteres Kapitel geht nun in Spanien zu Ende.

zwar wieder an, aber nur die Gutgestellten profitieren. Die neu geschaffenen Jobs unten sind prekär und temporär. Dagegen wächst Widerstand. Schon 2017 gab es in Spanien 50 Prozent mehr Streiks als im Jahr zuvor. Am 8. März nahmen sechs Millionen Menschen am ersten landesweiten Frauenstreik Spaniens teil.

GROSSE ERWARTUNGEN. Nach Rajoy's Sturz stellen nun die spanischen Sozialdemokraten die Regierung. Die Erwartungen an sie sind riesig. Die Arbeitenden wollen sicherere Jobs, mehr Lohn und ein Ende der Repression. Die Katalanen verlangen mehr Autonomie. Die Frauen wollen Schluss mit Gewalt und Diskriminierungen. Ihr Druck hat schon etwas gewirkt: Das neue Kabinett ist überwiegend weiblich, eine Premiere im Macho-Land Spanien (siehe Seite 2).

UNIA online



Wer wird Weltmeister?

Wer gewinnt die Fussball-WM 2018? Geben Sie bis am 28. Juni Ihren Tipp ab, und gewinnen Sie mit ein wenig Glück einen offiziellen Final-Spielball! Hier geht's zur Tippseite: www.unia.ch/fussball

Oviesse: 1180 Mitarbeitenden bleibt nichts mehr als Wut «Wir wurden hintergangen»

Der italienische Modegigant Oviesse (OVS) flüchtet sich in den Konkurs. Und hat so keine Sozialplanpflicht.

CHRISTIAN EGG

Verkäufer Gion Lötscher wählt deutliche Worte: «Die OVS-Manager haben uns nach Strich und Faden hintergangen.» Lötscher ist seit über dreissig Jahren in der Branche und arbeitete seit 2001 bei Charles Vögele. Vor knapp zwei Jahre dann übernahm der Moderiese Oviesse aus Italien die strachelnde Schweizer Modekette. Lötscher erzählt: «Wir haben uns mit viel Herzblut dafür eingesetzt, dass die Läden mit dem neuen Konzept funktionieren – und jetzt das.»

EIN SKANDAL

Am 30. Mai zog OVS brutal die Reissleine: Nachlassstundung. Den 1180 Angestellten droht die Kündigung. Das ist eine der grössten Massenentlassungen in der Schweiz in den letzten Jahren.

Besonders bitter für die OVS-Verkäuferinnen und -Verkäufer: Es gibt nicht einmal einen Sozialplan. Denn das Sagen hat jetzt ein Sachwalter. Er muss alle Gläubiger gleich behandeln. Gesichert sind immerhin die Löhne bis Ende Kündigungsfrist.

Für Arnaud Bouverat von der Unia ist es schlichtweg ein «Skandal», dass es die OVS-Manager zur Nachlassstundung haben kommen lassen: «Sie hätten die Pflicht gehabt, vorausschauend zu handeln. Und die Warnlampen waren schon seit Monaten auf Rot», sagt der Gewerkschafter.

KONKURS KOMMT BILLIGER

Und OVS-Verkäufer Lötscher präzisiert: «Die neuen Chefs haben das Geschäft mit Tempo 150 gegen die Wand gefahren.» Den radikalen Wechsel auf junge Mode und günstige Kleider hätten viele der bestehenden Kundinnen und Kunden nicht mitgemacht. Lötscher: «Etwa drei Viertel von meinen Stammkunden habe ich nach dem Wech-



LICHTERLÖSCHEN: Für die falsche Strategie bezahlen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihrem Job.

sel zu OVS nicht mehr gesehen.» Für Insider ist klar: Wenn der Wille vorhanden gewesen wäre, hätte man zumindest einen Teil der 140 Filialen retten können.



«Mit Tempo 150 gegen die Wand gefahren.»

GION LÖTSCHER, VERKÄUFER

Dreissig bis vierzig Läden hätte man auf die neue Kundschaft umstellen und mittelfristig profitabel betreiben können. So die Einschätzung. Nur hätte OVS dann über einen Sozialplan für Entlassene verhandeln müssen. Und der würde kosten. Die Nachlassstundung und später ein Konkurs kommen billiger.

GERISSENE FINANZMANAGER

Schon von Anfang an hatten die gerissenen OVS-Finanzmanager dafür gesorgt, dass der finanzielle Scha-

den bei einem Fehlschlag für sie klein bleibt. Sie blieben bei der Schweizer Tochterfirma Sempione Fashion AG mit knapp 30 Prozent der kleinste von drei Teilhabern. Die Mehrheit stammte von zwei italienischen Unternehmen sowie der Sandoz-Erbin Héloïse Spadone-de Meuron. Das Sagen in dem Konstrukt hatte allerdings OVS. Das SRF-Wirtschaftsmagazin «Eco» brachte dies so auf den Punkt: «Maximale Kontrolle bei minimalem Risiko.»

TRARA UND CÜPLI

Als der oberste OVS-Chef Stefano Beraldo im September 2016 den Kauf von Vögele bekanntgab, sagte er grossspurig: «Der Schweizer Markt ist so attraktiv, dass es fast unmöglich ist, hier keinen Gewinn zu erzielen.»

Noch vor neun Monaten eröffnete er in Zürich den neuen Flaggschiff Laden, mit viel Trara und Cüpli-Prominenz. Jetzt ist Beraldo schon wieder weg. Nur zwei Tage nachdem die Nachlassstundung bekannt wurde, hat er sich

workfrage: Zuerst den Mitarbeitenden Hoffnungen machen und dann verduften. Wie finden Sie das?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

aus dem Staub gemacht und den Verwaltungsrat der Schweizer Tochter verlassen. Aufräumen sollen andere.

Unia-Arbeitslosenkasse NZZ-Angriff läuft ins Leere

Der Angriff der «NZZ am Sonntag» war heftig: Die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften, vor allem die der Unia, arbeiteten schlechter als andere. Von einer «riesigen Beschwerde» in Genf war die Rede, davon, dass Telefonanrufe «meistens auf einem Anrufbeantworter landeten». Zudem seien Taggelder erst verspätet ausbezahlt worden.

Überall gute oder genügende Noten für die Arbeitslosenkasse der Unia.

Doch die Zahlen des Seco zeigen: Die Arbeitslosenkasse (ALK) der Unia bekommt in allen Bereichen gute oder genügende Noten von den Kundinnen und Kunden. Was die Pünktlichkeit der ersten Zahlung angeht, so bekommt die Unia-ALK die Schulnote 4.5. Bei den weiteren Zahlungen die Note 5. Dies entspricht exakt dem Durchschnitt der anderen Kassen. Susanne Benini von der Unia-ALK: «Es ist also keinesfalls so, dass wir weniger effizient wären.»

INNOVATIV. Einzig bei den Öffnungszeiten und der Erreichbarkeit am Telefon bekam die Unia-ALK etwas schlechtere Noten als der Durchschnitt. Suanne Benini: «Wir haben schon vor einiger Zeit erkannt, dass wir uns hier verbessern müssen.» Sie seien bereits daran, die Zeiten auszuweiten: «In einigen Regionen ist das schon umgesetzt.» Ausserdem informiert die Unia-ALK als erste nationale Kasse auch per SMS, sobald sie Geld überwiesen hat. (che)

Lohndumper Christian Baha: Unia gewinnt vor Gericht

Jetzt ist es definitiv: Multimillionär Christian Baha ist ein Lohndumper und darf auch so genannt werden.

RALPH HUG

Sieg für die Unia im Fall Sonnenberg: Der Wiener Multimillionär Christian Baha darf nun definitiv Lohndumper und Finanzspekulant genannt werden. Das Urteil des Bezirksgerichts Frauenfeld vom letzten November ist dieser Tage rechtskräftig geworden. Baha hatte der Unia mit superprovisorischen Verfügungen einen Maulkorb verpassen wollen, als die Gewerkschaft grobe Missstände auf der Baustelle von Schloss Sonnenberg in Stettfurt TG anprangerte.

DÜNNHÄUTIG. Baha zahlte polnischen Arbeitern Tieflohne unter 3000 Franken im Monat und zog ihnen noch Geld für Unterkünfte in Containern ab. Danach



Dumpingaffäre im Thurgau: Glamour-Multimillionär im Zwielficht Was ist nur los auf Schloss Sonnenberg?

DUMPINGAFFÄRE: So berichtete work am 20. Mai 2016.

verklagte er die Gewerkschaft inklusive work auch noch wegen Persönlichkeitsverletzung. Das Gericht liess Baha aber weitgehend abblitzen. Die Richter befanden, dass die Unia zu Recht von Lohndumping spreche. Die Löhne seien «weit weg vom ortstüblichen Lohn».

Das Urteil ist jetzt rechtskräftig geworden. Baha hat nicht mehr dagegen rekurriert. Damit ist

auch eine satirische Fotomontage geschützt, welche die Unia verwendete. Sie zeigt Baha als selbstherrlichen Sonnenkönig auf einem Thron.

Der dünnhäutige Finanzspekulant sah darin eine Ehrverletzung. Baha musste beim Gericht bei der Einreichung der Klage eine Kautions von 100 000 Franken hinterlegen, wegen unklaren Wohnsitzes in Monaco.

WM 2018: Wer darf während der Arbeit schauen? Die Dribbler und die Blutgrätscher

Für einige Mitarbeitende gilt ein striktes Verbot, andere dürfen, und ein paar Glückliche müssen: WM schauen am Arbeitsplatz. work hat sich bei Firmen und Behörden umgehört.

SABINE REBER

Eine Umfrage von work ergab: Viele Chefinnen und Chefs setzen auf Flexibilität. So Markus Dietler von der **Stadtkanzlei Olten**: «Klar werden einige an ihrem Computer ab und zu etwas Fussball schauen. Aber das ist ja nur alle paar Jahre, und wir hatten bis jetzt keine grösseren Probleme damit.» Am Hauptsitz der **Krankenkasse Visana** wurde in der Cafeteria sogar ein Fernseher installiert, auf dem die Spiele übertragen werden. Mediensprecher David Müller: «Es ist in der Eigenverantwortung unserer Mitarbeitenden, wie sie mit der Fussball-WM umgehen, wann sie Pausen einlegen oder freinehmen.»

Pragmatisch wird die Frage auch bei den **SBB** angegangen. Mediensprecher Christian Ginsig: «Selbstverständlich ist bei sicherheitsrelevanten Berufsgruppen der Blick auf den TV während der Arbeit nicht erlaubt.» Ansonsten liege die Mediennutzung in der Eigenverantwortung der Mitarbeitenden. Ginsig fügt an: «Während eines Schweizer Spiels wird sicher der eine oder andere Newsticker oder Fernseher im Hintergrund laufen.»

Bei Migros und Coop ist der Fussball kein König.

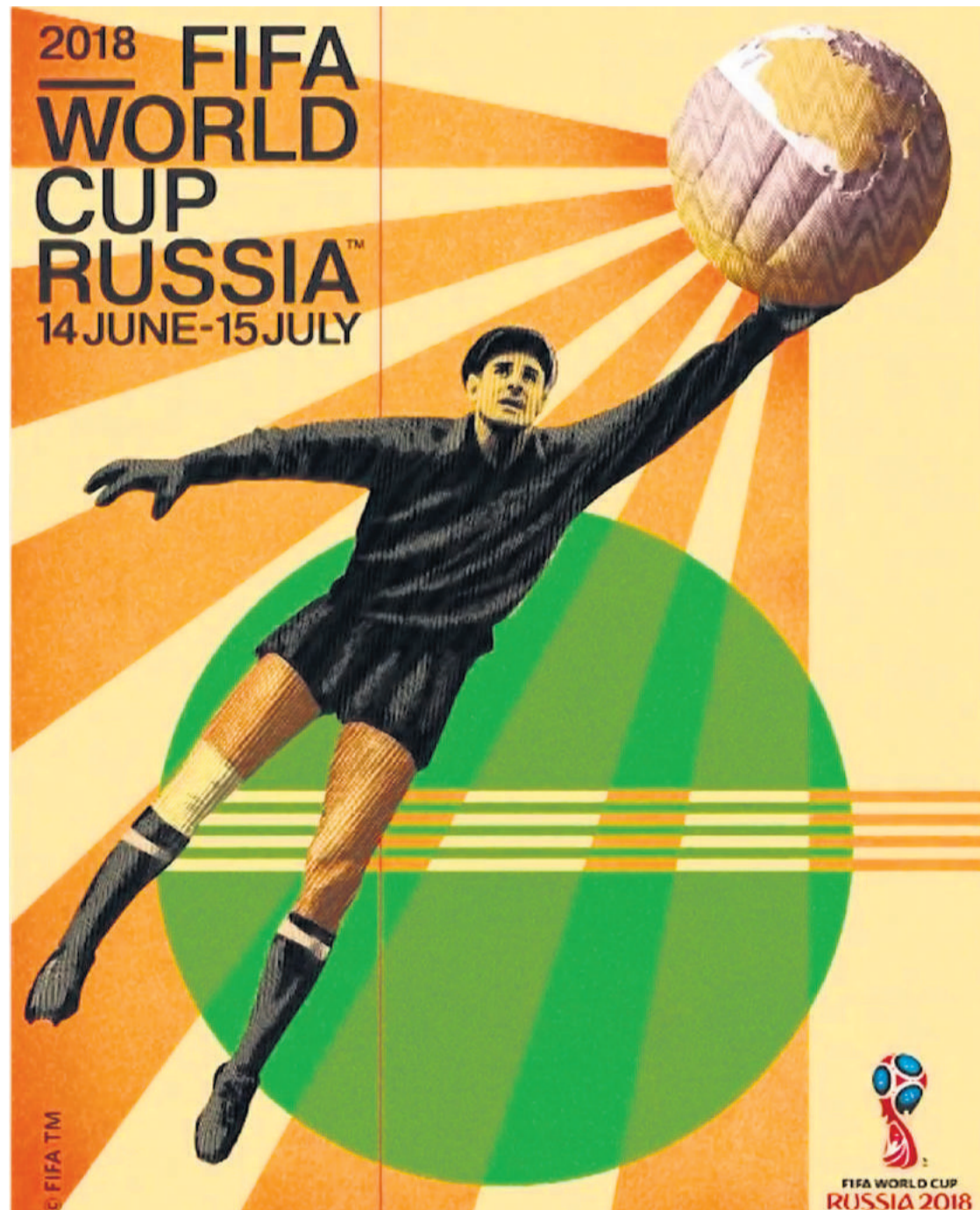
Rigoroser tönt es im Detailhandel. Bei **Migros und Coop** ist klar: Im Verkauf und in der Logistik wird während der Arbeit sicher nicht Fussball geschaut. Coop-Mediensprecherin Andrea Bergmann: «Wir gehen davon aus, dass unsere Mitarbeitenden am Arbeitsplatz arbeiten und nicht fernsehen.» Moritz Weisskopf von der Migros Basel meint immerhin, sofern die Arbeit nicht darunter leide, «können die Pausen bei gewissen Spielen durchaus auch so gelegt werden, dass man nicht viel verpasst.»

KEINE ZEIT

Auch beim **Bauriesen Implanen** heisst es strikt, während der Arbeitszeit werde ohne Ausnahme gearbeitet. Sprecherin Natascha Mathyl: «Tätigkeiten auf der Baustelle erfordern volle Konzentration im Hinblick auf die Arbeitssicherheit.» Den Mitarbeitenden stünde es aber selbstverständlich frei, an für sie interessanten Spieltagen Ferien zu nehmen.

Bei **Chips-Hersteller Zweifel** herrscht während der Fussball-WM laut Sprecherin Anita Binder Hochbetrieb. Rund 25 Tonnen Chips – das sind 18 Lastwagen – mehr als sonst werden produziert. Das entspricht einem Mehrumsatz von 5 bis 10 Prozent. Binder: «Entsprechend läuft unsere Produktion auf Hochtouren, und unser Frischservice füllt fleissig die Regale der Läden, Kioske und Restaurants auf.» Die Mitarbeitenden müssten sich daher mit den Abendspielen in ihrer Freizeit begnügen.

Auch die Bierbrauer haben während der WM viel zu tun. Bei **Feldschlösschen** ist es darum nicht vorgesehen, dass die Spiele während der Arbeit geschaut werden können. Kommunikationsfrau Gaby Gerber: «Wir bieten unseren Mitarbeitenden



ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT: Das WM-Plakat stammt vom 51jährigen russischen Künstler Igor Gurovich. Er sagt: «Der Stil sowjetischer postkonstruktivistischer Plakate aus den 1920er und 1930er Jahren wurde zu einem wichtigen Element russischer Kultur.» Abgebildet ist der Torwart Lew Iwanowitsch Jaschin, der von 1958 bis 1970 für die UdSSR vier WM spielte und 1963 als bisher einziger Goalie den «Ballon d'Or» erhielt. FOTO: FIFA

an, dass sie die Spiele der Schweiz nach der Arbeit in unserem Feldschlösschen-Restaurant mit Arbeitskollegen schauen können, und offerieren ihnen dort einen Imbiss und ein Getränk.»

FUSSBALLSCHAUEN ALS BERUFPFLICHT

Stets einen Fernseher zur Verfügung haben die Feuerwehrmänner der **Berufsfeuerwehr der Stadt Bern** in ihrem Aufenthaltsraum. Allerdings dürfen sie diesen nur während des Bereitschaftsdienstes nutzen. Franz Märki, Leiter Kommunikation, sagt: «Während der Arbeitszeit ist es bei uns nicht möglich, Fussball zu schauen. Während der Bereitschaftszeit hingegen ist es den Mitarbeitenden freigestellt, ob sie in den Kraftraum gehen oder lesen oder sonst etwas machen. Ich gehe davon aus, dass viele von ihnen dann zusammen die Spiele schauen werden.»

Und für manche ist Fussballschauen sogar Pflicht, zum Beispiel für die Sportredaktoren der Blick-Gruppe. Für die anderen Mitarbeitenden von **Ringier** gilt laut Mediensprecher René Beutner: «Da die meisten Funktionen bei Ringier Gleitzeit haben, können sich unsere Mitarbeiter flexibel auf die für sie wichtigen Spielzeiten einstellen und diese in ihrer Freizeit anschauen.»

Auch am **Unia-Hauptsitz** in Bern wurde für die WM ein grosser Bildschirm aufgestellt. Personalchef Philipp Arnold: «Die Spiele werden auch dieses Mal wieder im Personalrestaurant übertragen und können so im Rahmen der täglichen Pausen im Hause verfolgt werden. Die GL ist aber kulant, wenn sich die übliche bezahlte Pausenzeit wegen dieser spannenden Angelegenheit gelegentlich etwas verlängert. Wir zählen aber auf einen fairen Umgang mit dieser Flexibilität.»

WM-Bau- stellen: 21 Tote

RUSSLAND. 21 Bauarbeiter haben auf den Stadionbaustellen der Fussball-WM in Russland ihr Leben verloren. Das ist die traurige Bilanz der Internationalen Bauergewerkschaft BWI. Kurz vor dem Start der WM hat sie ihren Bericht veröffentlicht. Er listet zahlreiche Verletzungen von Arbeitsrechten auf, etwa Anstellungen ohne Arbeitsvertrag, fragwürdige Bonuszahlungen statt regelmässiger Löhne oder «erbärmliche und unhygienische» Behausungen, in die Bauarbeiter gepercht wurden. Fazit der Bauergewerkschaft: Die Fifa hat ihre Verantwortung nicht wahrgenommen.

Tankstellen-GAV: Tessiner Petition

BERN. Seit Februar gilt für alle Angestellten von Tankstellen-shops ein Mindestlohn. Nur im Tessin nicht. Der Bundesrat beschloss beim Gesamtarbeitsvertrag, den die Sozialpartner ausgehandelt hatten, eine Aus-



TANKSTELLEN-GAV IM TESSIN: Die Unia überreicht Petition. FOTO: UNIA

nahme – weil Tessiner Arbeitgeber reklamiert hatten. Dagegen wehren sich die Tessiner Shop-Angestellten. Kürzlich übergaben sie dem Parlament in Bern eine Petition mit über hundert Unterschriften. «Wir leisten die gleiche Arbeit wie die übrige Schweiz», heisst es in der Petition. «Auch die erwirtschafteten Gewinne sind gleich. Daher steht uns der gleiche Lohn zu.»

Meldepflicht hilft gegen Dumping

BERN. Lohndumpingkontrollen sind nötiger denn je: Bei jeder vierten Kontrolle wurde letztes Jahr ein Verstoß festgestellt. Das zeigt der neue Bericht des Bundes zu den flankierenden Massnahmen. Einige Kantone wie Zug oder St. Gallen halten nicht einmal die Kontrollvorgaben ein. Immer mehr Personen kommen nur für kurze Zeit in die Schweiz, um hier zu arbeiten. Weil sie besonders oft von Lohndumping betroffen sind, müssen sie sich anmelden – was der EU gar nicht gefällt. Die Unia ruft nun den Bundesrat dazu auf, gegenüber der EU an der Meldepflicht festzuhalten.

Protestaktion: So nicht, Zalando!

BERN/BERLIN. Nur 17 Franken Stundenlohn, Arbeit auf Abruf und enormer Zeitdruck: Solche miesen Bedingungen gelten für Arbeiterinnen in der Ostschweiz im Auftrag von Zalando (work berichtete). Rund 2000 Menschen fanden: So nicht! In einer Petition fordern sie bessere Arbeitsbedingungen bei den Zalando-Subunternehmen in der Schweiz. Nun hat die Unia die Petition bei der Zalando-Direktion in Berlin eingereicht.

ZUSAMMEN FUSSBALL SCHAUEN: AUSGEWÄHLTE PUBLIC VIEWINGS



VIKTORIAGRAD IN BERN
Das Berner Fussballlokal Halbzeit und das Szenelokal Löscher spannen zusammen und zeigen im Löscher alle Spiele der Fussball-WM.
www.halbzeit.ch

SEEMÄTTELI IN NIDAU BE
Der beliebteste Public-Viewing-Standort am Bielersee liegt auf dem Hundemätteli in Nidau.
www.seemaetteli.ch



BAR DU NORD IN BASEL
Der Fussballklassiker in Basel ist die Bar du Nord gleich beim Badischen Bahnhof.
www.garedunord.ch

KLOSTERHALBINSEL WETTINGEN AG
Grosse Fussballparty auf der Klosterhalbinsel direkt bei der Lägererbräu AG.
www.inselarena.ch

SCHLOSSWIESE ARBON TG
Das Public Viewing direkt am Ufer des Bodensees. Und: Es gibt Olma-Bratwürste vom Grill.
www.fm1wmarena.ch

WINTERTHURER FUSSBALLFEST
In der Winti-Arena findet mit 3000 Plätzen einer der grössten Public-Viewing-Anlässe des Landes statt.
www.winti-arena.ch

TURBINENPLATZ IN ZÜRICH
Im Zürcher Kreis 5 beim Technopark gibt's dieses Jahr zum ersten Mal ein grosses Fussballfest.
www.wm2018-turbinenplatz.ch

VÖGELE-ARENA IN CHUR
Am Theaterplatz in Chur gibt's nebst Fussball auch eine 16 Meter lange Bar und feines Catering.
www.khur.ch

Bauchef Lutz über respektlose Baumeister und hässige Arbeiter «Die Búeazer sind zum Streik bereit!»

Der Baumeisterverband greift die Rente 60 frontal an und will die Arbeitsbedingungen auf dem Bau verschlechtern. Doch die Bauarbeiter werden sich beides nicht gefallen lassen. Die Streikbereitschaft liegt bei über 90 Prozent.

CLEMENS STUDER

work: Nico Lutz, wie ist die Stimmung auf den Baustellen?

Nico Lutz: Die Bauleute sind hässig und empört. Das merken wir jeden Tag. Derzeit laufen auf den Baustellen die Streikabstimmungen. Von den gegen 15000, die bis jetzt abgestimmt haben, sagen über 90 Prozent Ja zum Streiken, wenn die Baumeister nicht endlich ihre Verweigerungshaltung aufgeben. Und ihre Frontalangriffe auf Rente 60, Arbeitszeit und Kündigungsschutz einstellen.

Was macht die Búeazer besonders hässig?

Der Angriff auf die Rente 60. Sie empfinden das zu Recht als respektlos. Wer die Rente 60 angreift, greift die Würde der Bauarbeiter an. Das merken die Leute. Sie krümmen während Jahrzehnten ihre Rücken für ihre Firmen, und jetzt das. Die meisten haben ab 50 gesundheitliche Beschwerden und erleben dann, wie man sie in die prekäre Temporalarbeit abschiebt oder in die Arbeitslosigkeit. Tendenz steigend.

GROSSE BAUDEMO

Auf zu den Baumeistern!

Samstag, 23. Juni, 12 Uhr
Alle Infos unter: www.unia.ch/lm2018

meinverbindlich erklärt ist, gar nicht ändern. Dazu braucht es Verhandlungen zwischen dem Baumeisterverband und den Gewerkschaften. Und eine Sanierung muss laut Gesetz «verhältnismässig» und «ausgewogen» sein.

Wie sähe eine solche verhältnismässige und ausgewogene Lösung aus?

Unser Vorschlag dazu liegt seit Januar auf dem Tisch. Eine vorübergehende Erhöhung der Beiträge um ein halbes bis ein ganzes Prozent. Die Bauarbeiter sind auch bereit, einen Teil der Kosten zu übernehmen. Und eine deutliche Reduktion der BVG-Beiträge, welche die Stiftung FAR leistet. So würde die Sanierung insgesamt zu rund 10 Prozent auf der Leistungsseite und rund

10 Prozent auf der Beitragsseite erfolgen. Die Rente mit 60 und die Rentenhöhe würden bleiben. Bei der Rentenhöhe besteht kein Spielraum. Diese liegt heute bei durchschnittlich 4400 Franken. Weniger reicht nicht zum Leben.

Sie verhandeln derzeit

auch einen neuen Gesamtarbeitsvertrag mit den Baumeistern. Wie läuft es dort?

Auch beim Landesmantelvertrag ist ihre Verbandsspitze frontal und rein ideologisch unterwegs. Sie will die 50-Stunden-Woche, will älteren Mitarbeitenden den Lohn kürzen und diesen einfacher kündigen können. Die Baumeister wollen den Fünfer, das Weggli und gleich auch noch das Schoggihängeli.

Sie sagen, diese Forderungen seien rein ideologisch motiviert. Warum?

Der Baumeisterverband sieht die Antwort auf den zunehmenden Druck auf die Bauwirtschaft in der grenzenlosen Deregulierung. Keine Limiten mehr, unbeschränkte Nacht- und Sonntagsarbeit, bis 200 Überstunden. Auf den Punkt gebracht sagen sie: «Es wird gearbeitet, wann und wie lange wir wollen.» Das ist das falsche Rezept. Erstens für die Bauarbeiter, die dann ihre Familie kaum mehr sehen und sich noch mehr krankschuffen. Zweitens macht sich die Branche selber kaputt.

Daran können doch auch die Baumeister kein Interesse haben.

Das ist richtig. Und darum ist der aktuelle Kurs der Verbandsspitze auch bei der Baumeisterbasis umstritten. Vernünftige Baumeister – und davon

«Die Búeazer sind nicht bloss hässig, sie sind auch parat!»

gibt es einige – haben erkannt, dass nur mit klaren Rahmenbedingungen, die für alle gelten und auch durchgesetzt werden, alle gleich lange Spiesse haben. Ohne klare Regeln sind die Unternehmen den Forderungen der Auftraggeber schutzlos ausgeliefert. Ich führe immer wieder Gespräche mit Baumeistern, die diese Problematik sehen und auf eine starke Sozialpartnerschaft setzen. Leider sieht das die nationale Verbandsspitze noch anders.

Wie geht es jetzt weiter?

Am 23. Juni protestieren wir in Zürich. Wir wollen ein machtvolles Zeichen gegen den respektlosen Umgang mit den Bauleuten setzen und geben das Resultat der Streikabstimmung bekannt. In den folgenden Wochen finden zwei Verhandlungsrunden zum Landesmantelvertrag und zu FAR statt. Ich hoffe, dass diese endlich auch von Seiten des Baumeisterverbandes konstruktiv werden. Und wer weiss, vielleicht taucht sogar Baumeisterpräsident Gian-Luca Lardi auf – der glänzt seit 2015 bei Verhandlungen nämlich mit Abwesenheit. Für den Fall, dass der Baumeisterverband seine Verweigerungshaltung beim FAR nicht aufgeben und seinen Frontalangriff auf die Sozialpartnerschaft nicht stoppt, steht dem Bau ein heisser Herbst bevor. Die Búeazer sind nicht bloss hässig, sie sind auch parat!



FOTOS: YOSHINO KUSANO

Industriechef Pardini über den neuen Metaller-Vertrag «Erster echter GAV der MEM-Industrie»

Fünf Jahre lang gab es Zank, harte Konflikte, sogar einen Prozess. Doch nun steht ein neuer GAV mit automatischem Teuerungsausgleich, Kündigungsschutz für Ältere und Weiterbildungsoffensive. Wie ging das?

OLIVER FAHRNI

work: Sie haben gerade die GAV-Verhandlungen in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie abgeschlossen. Die Arbeitgeber...

Corrado Pardini: Lassen Sie mich zuerst eine Bemerkung machen. Dieser GAV steht erst, wenn ihm die Delegierten der Branchenkonferenz zustimmen. Ich kann es ihnen mit ganzer Überzeugung empfehlen. Es ist ein guter Vertrag.

Die Arbeitgeber wollten die 42-Stunden-Woche. Wie hat die Unia das abgewendet?

Corrado Pardini: Wir haben uns geweigert, über das Thema auch nur zu sprechen. Alles, was wir dazu zu sagen hatten, war: Mit 42 Stunden gibt es keinen Gesamtarbeitsvertrag.

War das eine glaubwürdige Position?

Ohne Frage. Wir wären nie auf die längere Arbeitszeit eingestiegen. Swissmem wusste das. Sie haben uns ernst genommen. Geholfen hat, dass wir 2013 aufgestanden sind und die Verhandlungen abgebrochen haben. Erst nach der Mediation durch den Bundesrat kam damals ein GAV zustande. Mit der Einführung von Mindestlöhnen, wie wir gefordert hatten.

Es gab Gerüchte, Swissmem wolle diesmal einen GAV ohne die Unia abschliessen. War das nicht ein hohes Risiko?

Ich denke nicht. Richtig ist: Mindestens zwei der anderen Arbeitnehmendenorganisationen waren bereit, auf die 42-Stunden-Woche einzusteigen.

«Es waren sehr harte Verhandlungen, heftiger als 2013.»
Eine dritte hat laviert. Doch wir hatten gute Argumente. Was bringt eine fünfprozentige Arbeitszeitverlängerung den Unternehmen? Sie fahren besser, wenn sie in die Innovation

investieren, die Mitarbeitenden fördern, mit uns die Weiterbildung seriös anpacken und eine Berufspassierelle bauen. Wir hatten dazu substantielle Vorschläge. Der Rest war gewerkschaftliches Handwerk.

Das müssen Sie uns erklären.

Es waren sehr harte Verhandlungen, heftiger noch als 2013. Aber wir hatten eine hervorragende Delegation, mit vielen starken Vertrauensleuten aus den Betrieben. Und die Industriekretäre Manuel Wyss als Delegationsleiter und Matteo Pronzini haben einen phantastischen Job gemacht. Entscheidend aber war: Genaugenommen haben wir nicht wenige Monate verhandelt, sondern fünf Jahre lang. Seit dem Abschluss 2013 führten wir einen Dauerkonflikt. Da war der Streit um das Buch «Heavy Metal». Dann haben wir eine lange juristische Auseinandersetzung bis hin zum Prozess um die Transparenz des Solifonds durchgezogen. Wir haben um die Umsetzung des GAV 2013 gestritten. Und um einige andere Dinge. Kurzum: wir waren im Gespräch.

Sie haben dies als «konfliktuelle Sozialpartnerschaft» beschrieben.

Diese fünf Jahre waren wohl die längsten GAV-Verhandlungen der Geschichte. Schliesslich konnten wir den Arbeitgeber auf Augenhöhe begegnen. Respekt gibt es nur mit einem ausgewogenen Kräfteverhältnis. Jetzt wissen wir voneinander, dass es keine Kungeleien mehr gibt, sondern nur klare Ansagen und die Bereitschaft, einen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital zu suchen. Wenn der soziale Fortschritt stimmt.

Das höchste aller Gefühle schien die Weiterbildung ohne Verschlechterungen zu sein. Hat die Unia mehr erreicht?

Wir haben 2018 den ersten vollständigen GAV in der MEM-Industrie ausgehandelt.

Haben Sie das nicht schon 2013 gesagt?

Nein. 2013 war der erste GAV überhaupt. Zuvor, seit dem Friedensabkommen von 1937, gab es nur «Vereinbarungen». Die Betriebe wollten sich etwa nicht in die Lohngestaltung dreinreden las-

sen. Die Gewerkschaft sollte draussen bleiben. 2013 haben wir Mindestlöhne erreicht. Das war ein Durchbruch. Jetzt konnten wir den automatischen Teuerungsausgleich, Regeln zum Kündigungsschutz, zur Kontrolle der Löhne, zur Organisation des Solifonds, zur Förderung der Mitarbeitenden, insbesondere der Frauen, und die Erwachsenenlehre in den GAV schreiben. Zum ersten Mal haben wir einen kompletten Vertrag in der Hand, den man die nächsten 20 Jahre weiterentwickeln kann.

Was bringt der automatische Teuerungsausgleich auf Mindestlöhnen? Wir haben keine Inflation.

Erstens haben wir vereinbart, dass es keine Lohn-einbussen bei Negativteuerung gibt. Dieses Argument der Arbeitgeber ist vom Tisch. Zweitens sagen sämtliche Prognosen, dass wir bald wieder eine Teuerung bekommen. Die ersten Preissteigerungen sind schon da. Zieht das an, ist der Automatismus, wie er früher in vielen Verträgen stand, ein grosses Plus für die Arbeitenden. In den letzten Jahren mussten einige Lohnklassen Kaufkraftverluste hinnehmen. Dem setzen wir ein Ende.

Setzt der automatische Teuerungsausgleich nicht der Lohnentwicklung nach oben Grenzen?

Das ist Unsinn. Wer jemals Lohnverhandlungen geführt hat, weiss, dass dies in zwei Schritten geschieht: Zuerst die Kaufkraftanpassung, also der Teuerungsausgleich. Der ist jetzt auf den Mindestlöhnen automatisch garantiert. Dann die Verteilung der Produktivitätsfortschritte. Nun können Personalkommissionen oder die Gewerkschaft bei den vorgesehenen jährlichen betrieblichen Lohnverhandlungen sofort den zweiten Schritt tun. Zudem geht von der automatischen Anpassung der Mindestlöhne ein Druck aus, die Reallohne zu erhöhen.

Gegen Lohndumping nützt das wenig.

Dafür haben wir jetzt neu eine flächendeckende Kontrolle der Mindestlöhne durch Revisionsgesellschaften eingerichtet. Das war die Bedingung für einen offenen Arbeitsmarkt. Eine zentrale Neuerung.

Haben die Arbeitgeber verbindlichere GAV-Formulierungen zur Förderung der Mitarbeitenden, der Frauen und zur «MEM-Passierelle 4.0» verhindert?

Das lesen Sie falsch. Zum ersten Mal haben wir den Arbeitgebern ein klares Bekenntnis zur Frau-enförderung, zum Kündigungsschutz für Ältere

«Gewerkschaftsarbeit ist nichts für Sprinter, wir brauchen Marathonläufer.»

und zur Weiterbildung abgerufen. Wahrscheinlich hat das starke Engagement von Swissmem-Präsident Hans Hess für die MEM-Passierelle 4.0 diesen GAV sogar entscheidend befördert. Die Passierelle baut auf ein Konzept der Unia. Wir reden hier nicht über ein paar EDV-Kürsli. Es wird eine echte Erwachsenen-Berufslehre mit eidgenössischem Abschluss eingeführt. Im GAV stehen die Eckwerte, in Protokollvereinbarungen haben wir das detailliert. Es ist ein grosses Vorhaben. Kommt es zum Tragen, wird das eine Pionier-Innovation für die Schweiz und die duale Berufsbildung.

Bleiben die Mindestlöhne im GAV 2018 nicht zu tief?

Ja. Zwar werden die tiefsten Mindestlöhne nun jährlich um 30 Franken erhöht und automatisch an die Teuerung angepasst. Doch wir werden weitere Anläufe brauchen, um sie zu verbessern. Nur wäre es ein sehr schlechter Deal gewesen, höhere Löhne gegen längere Arbeitszeiten zu tauschen. Gewerkschaftsarbeit ist nichts für Sprinter. Wer etwas erreichen will, muss den Marathon können. Wie wir im Sektor Industrie wissen: nach den Verhandlungen ist vor den Verhandlungen.

Elektriker-GAV: Patrons krebren nach Demo zurück

44 Stunden arbeiten pro Woche statt 40? Und zum gleichen Lohn? Nicht mit uns, sagten die Elektrikerinnen und Elektriker und demonstrieren am 19. Mai vor dem Sitz der Arbeitgeber in Zürich. Mit Erfolg: Diese zogen darauf ihre Forderung wieder zurück. Jetzt laufen die Verhandlungen für den neuen GAV – der alte läuft Ende Jahr aus.

Die Hauptforderungen der Gewerkschaften Unia und Syna sind: ● Bessere Löhne: 150 Franken mehr pro Monat für alle, 200 Franken höhere Mindestlöhne; ● Frühpensionierung mit 62 Jahren;

● 20 Franken Verpflegungsspesen pro Tag statt bisher 12; ● Fünf bezahlte Weiterbildungstage; ● Mindestlohn und 13. Monatslohn auch für alle Lernenden.

Zwar sei die Atmosphäre in den Verhandlungen unterdessen konstruktiv, sagt Yannick Egger von der Unia: «Aber die Positionen liegen immer noch ziemlich weit auseinander.» Vorsorglich haben die Sozialpartner schon einmal bis in den August hinein Termine festgelegt. Egger: «Eine Einigung kommt wahrscheinlich erst im Herbst zustande.» (che)



UNTER SPANNUNG: Stromer an der ersten Elektrikerdemo in Zürich. FOTO: NICOLAS ZONNI



EINE FRONT GEGEN DEN STREIK: General Ulrich Wille (Mitte) und sein Generalstab. Links von ihm Generalstabschef Theophil Sprecher. FOTO: GEMÄLDE VON JOHANNES WEBER 1915, BERNISCHES HISTORISCHES MUSEUM

Landesstreik 1918: Darum suchte die Armeeführung die Konfrontation Generalstab verwechselt Streik mit Krieg

General Ulrich Wille und seine Hardliner-Obersten waren für den Ausbruch des Landesstreiks mindestens mitverantwortlich, sagt der Historiker Hans Ulrich Jost.

HANS ULRICH JOST

«Ein Generalstreik ist ein dem Aufruhr gleichzustellendes Verbrechen und darf nur mit Belagerungszustand (Militär) beantwortet werden.» Dies schrieb 1907 Carl Hilty, Berner Rechtsprofessor und Oberauditor der Militärjustiz. Seine Ansicht war im Bürgertum weit verbreitet. Vor allem im Generalstab der Armee und unter den höheren Offizieren.

Der Landesstreik von 1918 war ein solcher Generalstreik. Verantwortlich gemacht für dieses Ereignis wurden allein die Führer der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratischen Partei (SPS).

ENDLICH MAL AUFRÄUMEN

Während des Ersten Weltkriegs ging es mit der Versorgung bergab: Kartoffeln und Kohle wurden knapp in der Schweiz. Der Brotpreis verdoppelte sich innert weniger Jahre. Während die Löhne stagnierten, stieg die Teuerung unerbittlich an. Wer ins Militär musste, bekam keinen Lohnausfall. Tausende Familien drohten zu verarmen, viele litten Hunger. Gleichzeitig lebten Vermögende in Saus und Braus. Unternehmer und Aktionäre strichen sagenhafte Renditen ein. Exportfirmen mutierten zu «Kriegsgewinnlern». Diese scharfen sozialen Gegensätze liessen die Verbitterung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern, aber auch unter Angestellten rapid wachsen. Angesichts dieser

gespannten sozialpolitischen Lage schuf der Sozialdemokrat Robert Grimm Anfang 1918 das Oltener Aktionskomitee (OAK). Um dem bürgerlichen Bundesrat gegenüber wirkungsvoll aufzutreten, schlug Grimm vor, wenn nötig mit einem Generalstreik zu drohen. Ein im Juli 1918 einberufener gesamtschweizerischer Arbeiterkongress unterstützte dieses Konzept.

Doch mit dem Generalstreik beschäftigte sich nicht nur das Oltener Aktionskomitee, sondern auch die Armeeführung. Generalstabschef Theophil Sprecher schlug dem Bundesrat schon im Januar 1918 verschiedene Massnahmen vor. Wichtig sei vor allem, meinte Sprecher, so früh als möglich Truppen aufzubieten. Nach einigem Zögern folgte der Bundesrat diesen Vor-

Wollte die Armeeführung endlich einmal bei der Arbeiterschaft aufräumen?

schlagen und schuf im August 1918 eine Landesstreikkommission.

Der Unterstabschef Claude de Perrot, ein Hardliner, war inzwischen mit der Ausarbeitung der Planung beauftragt. In einem handschriftlichen Bericht forderte er, «dass durch festes, ja geradezu brutales Auftreten» einem Generalstreik am besten begegnet werden könne.

Spätestens hier stellt sich die Frage, wie weit die Armeeführung für den Ausbruch des Landesstreiks mitverantwortlich gewesen sei. Oder noch schärfer formuliert: Suchte die Armeeführung eine solche Konfrontation zu provozieren, um endlich einmal bei der Arbeiterschaft aufzuräumen?

STREIK DER BANKANGESTELLTEN

Jedenfalls hatte General Ulrich Wille schon seit einiger Zeit von den Behörden ein schärferes Vorgehen gegen die militanten Aktivisten der Linken gefordert. Die bürgerliche Presse verlangte ebenfalls harte Massnahmen. Im Januar 1918 schrieb beispielsweise die NZZ, die SPS sei ein «Hort jener staatsfeindlichen Kräfte», die den «gesicherten Fortbestand unseres Landes» bedrohten.

Im Spätsommer 1918 schien sich die Lage zu entspannen. Über einen Generalstreik wurde kaum mehr gesprochen. Doch da trat ein Ereignis dazwischen, das vor allem in Finanzkreisen zu grosser Unruhe führte: der Streik der Zürcher Bankangestellten vom 30. September und 1. Oktober 1918.

Die Bankangestellten kämpften um Anerkennung ihres Verbandes und um bessere Löhne. Die Bankleitungen wiesen jedoch jedes Gespräch zurück,

worauf der Bankpersonalverband beschloss, in den Streik zu treten. Die Arbeiterunion Zürich, die damals wichtigste Organisation der Arbeiterbewegung, unterstützte die Bankangestellten mit einem kurzen Generalstreik.

Die Finanzwelt geriet durch diesen Streik in Panik. Sie sorgte sich um den Ruf des Schweizer Bankenplatzes. Denn man befand sich in einer entscheidenden Phase beim Aufbau des Steuerparadieses Schweiz. General Wille und Generalstabschef Sprecher machten sich zum Sprachrohr dieser Kreise.

Als dann die Sozialdemokraten am 29. Oktober einen pathetischen Aufruf zur Feier des Jahrestages der russischen Revolution erliessen, schlug die Stunde der Hardliner. Der Bundesrat mobilisierte, auf Verlangen der Zürcher Regierung, Einheiten der Armee. Dieses Truppenaufgebot war für Grimms Oltener Aktionskomitee die reinste Provokation. Es beschloss lokale Warnstreiks und dann, auf den 12. November, den Landesstreik.

DIE FELSBURG DER BAUERN

In Bundesbern übernahm die Armeeführung die Initiative. In seinem Tagebuch notierte der freisinnige Bundesrat Karl Scheurer: «Der Generalstab» sei «nur schwer zu bändigen». Dieser verwechselte «den Streik mit dem Krieg» und wolle «überall eingreifen, verhaften, verhindern, alles Dinge, die noch nicht am Platze» seien.

Stramm auf der Seite der Armee standen die Bauern. Sie hatten eben ihre eigene politische Organisation, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei BGB (heute SVP), geschaffen. Ihr Führer, der nachmalige Berner Bundesrat Rudolf Minger, erklärte, die BGB sei «eine Felsburg [...], an der alle staatszersetzenden Tendenzen seitens der Sozialdemokratischen Partei machtlos zerschellen» würden. Den Bauern wurde dieser Einsatz später mit viel Subventionen und wirtschaftlichen Privilegien verdankt.

Fazit: Der Generalstreik war ohne Zweifel eine vom Oltener Komitee in Aussicht genommene radikale Kampf-

Wille und sein Gefolge machten sich zum Sprachrohr des Bankenplatzes.

massnahme. Aber auf dem Weg zu diesem Konflikt trug die bürgerliche Seite, und vor allem der Generalstab, zur Eskalation bei. Denn deren Bereitschaft, einen gemeinsamen Ausweg aus der schwierigen Lage zu suchen, war spätestens mit dem Streik der Bankangestellten nicht mehr vorhanden.

100 Jahre Landesstreik: Mega-Theater & Feier

Am 10. November 1918, es war ein Sonntag, schlossen sich die Eisenbahner dem Generalstreik an. In der Nacht entschied das Oltener Aktionskomitee, den unbefristeten Streik auszurufen. Von der damaligen Hauptwerkstätte der SBB beim Bahnhof Olten steht heute nur noch ein Rest, der aber noch immer riesig ist. In dieser spektakulären Halle spielt ab 16. August bis 23. September das Theaterprojekt «1918.CH». 20 Theatergruppen mit 200 Spielerinnen und Spielern aus allen Landesteilen machen bei der Grossproduktion von Liliana Heimberg mit.



In denselben SBB-Räumen in Olten findet am Samstag, 10. November, auch der grosse Landesstreik-Jubiläumsanlass statt. Er wird vom Gewerkschaftsbund, der Sozialdemokratischen Partei und der Robert-Grimm-Gesellschaft getragen. Ab 14 Uhr: dreisprachiges Programm mit Bläserensemble, Perkussion und Chor. Originaltexte vom 100jährigen Streik und Berichte von Kolleginnen und Kollegen zu Streiks der jüngsten Zeit.

Verpflegung zu historischen Preisen! Reservation nötig: www.generalstreik.ch

Zum Jubiläum hat der Gewerkschaftsbund auch eine illustrierte Broschüre über den neusten Forschungsstand zum Generalstreik zusammengestellt: «100 Jahre Landesstreik. Ursachen, Konfliktfelder, Folgen».

Sie kann als PDF-Datei heruntergeladen werden: www.generalstreik.ch/publikationen

INSERAT

SGB KONGRESS 2018



Antragsfrist

Der Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) hat beschlossen, den ordentlichen Kongress am **30. November und 1. Dezember 2018** in Bern durchzuführen.

Anträge, die am Kongress zur Behandlung kommen sollen, müssen gemäss Art. 8 Abs. 3 der Statuten dem SGB-Sekretariat zuhänden des Vorstandes **3 Monate vorher** eingereicht werden. Der Vorstand hat beschlossen, den **15. August 2018** als Ordnungsfrist festzulegen. Die statutarische Frist bleibt der **30. August**.

Antragsberechtigt sind neben dem SGB-Vorstand und der SGB-Delegiertenversammlung die angeschlossenen und die assoziierten Verbände, die kantonalen Gewerkschaftsbünde sowie die Frauen-, Jugend-, Rentner- Migrations- und LGBT-Kommission des SGB.

Diese Publikation gilt als offizielle Bekanntmachung gemäss Art. 7 Abs. 2 der Statuten SGB.

STREIKSCHWEIZ

Landesstreik im work

Vor dem Landesstreik rebellierten die Frauen: **Klassenkampf mit Kartoffeln** (work 15/15.9.2017) rebrand.ly/landesstreik1 ● Der Landesstreik kurz erklärt: **Suppenküchen, Handgranaten und ein dreifacher Mord** (work 21/15.12.2017) rebrand.ly/landesstreik2 ● SVP-Führer Christoph Blocher verdreht den Landesstreik: **Wo ein Wille ist, ist auch ein Wilhelm und ein Hitler** (work 3/16.2.2018) rebrand.ly/landesstreik3 ● Eva Butzkies schneidert die Kostüme zum Mega-Theaterevent: **Landesstreik-Mode** (work 10/1.6.2018) rebrand.ly/landesstreik4

Schweizer Linke sagen in einem neuen «Denknetz»-Reader:

«Darum ist uns Karl Marx wichtig»

Reine Marx-Fans sind die 33 Autoren und Autorinnen im neuen «Denknetz»-Buch «MarxnoMarx» nicht. Aber sie alle sind dem grössten revolutionären Denker des 19. Jahrhunderts verbunden.

RALPH HUG

Von Alleva bis Wermuth: Im Reader «MarxnoMarx» verraten 33 Linke, was sie von Marx (be)halten. Und dass seine Kapitalismuskritik auch heute noch tragfähig ist. Zweihundert Jahre nach seinem Geburtstag bleibt der Verfasser des «Kommunistischen Manifests» und des «Kapitals» eine Provokation: Niemand vor und nach ihm hat unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so radikal hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt. Klasse, Ausbeutung, Proletariat, Entfremdung, Akkumulation: Das sind Grundbegriffe, die Marx geprägt hat. Und mit ihnen ganze Generationen von Denkerinnen und Denkern nach ihm.

MACHO MARX

Blosse Marx-Fans sind die im Buch versammelten Autorinnen und Autoren nicht. Alle halten gebührende Distanz zum Gross-Philosophen des 19. Jahrhunderts. Alle knüpfen an Marx an und befragen ihn aus heutiger Sicht. So untersuchen Unia-Chefin Vania Alleva und Ex-Unia-Co-Präsident Andreas Rieger, ob der Klassenbegriff noch taugt, insbesondere für die Gewerkschaftsarbeit. Die Antwort ist ein Ja mit Vorbehalten, weil sich die Arbeiterklasse stark verändert hat.

War Marx ein Humanist, gar ein Liberaler? Dieser Frage gehen der Philosoph Urs Marti, der marxistische Historiker Christoph Jühne



und «Denknetz»-Geschäftsführer Beat Ringger nach. Es gibt viel Spannendes, Provokatives und Nachdenkliches zu lesen in diesem Marx-Reader.

Zum Beispiel die Marx-Kritik der beiden Basler Feministinnen Sarah Schilliger (Soziologin) und Katrin Meyer (Philosophin). Sie legen die blinden Flecken im Werk von Marx frei. So wies Marx zwar auf die grosse Bedeutung der «sozialen Reproduktion» hin, also der Haus- und Pflegearbeit. Aber dass diese nur immer von Frauen erledigt wird, kümmerte ihn wenig. Die Frage, ob ein Kapitalismus ohne diesen täglichen Einsatz überhaupt möglich sei, stellte er nicht. Auch hatte Marx keinen Begriff von der globalen Umweltzerstörung. Das war auch nicht möglich angesichts der beschränkten Wirtschaftsentwicklung zu seiner Zeit. Marx sei kein «Grüner avant la lettre», urteilt deshalb die Chefin der Grünen Regula Rytz. Hingegen sah Marx die Globalisierung und die Machtkonzentration bei Grosskonzernen glasklar voraus.

DAS PROLETARIAT LEBT

Viele Analysen von Marx treffen heute genauso zu wie vor 150 Jahren. Dies legen die Basler Soziologen Oli-

ver Nachtwey und Florian Butollo dar. Auch Arbeit, die stark autonomisiert, globalisiert und digitalisiert sei, ändere nichts am Kern von kapitalistischer Lohnarbeit und an der Ausbeutung. Nachtwey und Butollo widersprechen auch der verbreiteten Ansicht, es gebe kein Proletariat mehr. Dieses sehe heute nur anders aus: Es sind die

Der Kapitalismus hat sich verändert, die Profit-Logik bleibt gleich.

abhängigen Scheinselbständigen des digitalen Plattform-Kapitalismus. Sie alle sind von Unsicherheit, Ungleichheit, Ausbeutung und Entfremdung betroffen.

Marx kannte den heutigen Finanzkapitalismus nicht. Aber die

Profitlogik ist immer noch dieselbe. Und Kapitalisten wollen möglichst keine Steuern zahlen. Das zeigt SP-Politikerin Margret Kiener Nellen in einem Beitrag über die bürgerliche Nullsteuerepolitik sehr schön auf.

Marxens wohl grösste Einsicht war, dass Menschen die Verhältnisse ändern können, in denen sie sich befinden. Der «Denknetz»-Reader «MarxnoMarx» ruft diese revolutionäre Tatsache auf anregende Art in Erinnerung.

Cédric Wermuth, Beat Ringger (Hg.): **MarxnoMarx**. 33 Linke zur Frage, wie das Werk von Marx heute fruchtbar gemacht werden kann. Edition 8, Zürich 2018, CHF 19.80.

Filmdrama «Transit» Flüchten und warten

Georg und Marie sind Flüchtlinge. Sie leben in Marseille und wissen, dass die Stadt nur eine Durchgangsstation in ihrem Leben ist. Ungewissheit, Warten und Verunsicherung dominieren den eindrücklichen Film «Transit» von Christian Petzold. Er spielt zwar in



FILMSTILL - TRANSIT-

der Nazizeit und handelt von Flucht und Exil. Doch die Bezüge zur Gegenwart mit ihren Migrationsbewegungen liegen auf der Hand. Regisseur Petzold hat das gleichnamige Werk der Schriftstellerin Anna Seghers verfilmt.

Transit von Christian Petzold, 101 min, 2018. Läuft derzeit in verschiedenen Kinos.

Ausstellung und Podium Freiheit oder Überwachung

Das Internet hat die Öffentlichkeit radikal verändert. Mit den sozialen Medien gingen neue Räume auf. Ist das ein Segen oder ein Fluch? Machen die grossen Datensauger Facebook und Google, staatliche Überwacher und ruchlose PR-Konzerne die neuen Kanäle kaputt? Das Politforum Bern im Käfigturm geht mit der Ausstellung «Re/public» sowie einer Veranstaltungsreihe der Frage nach, ob das Digitale im Jahr 2018 mehr Freiraum



THE SEABED (2018) VON JACOB HURWITZ-GOODMAN UND DANIEL KELLER. FOTO: DOMINIQUE ULDRY

oder Überwachungszentrale sei. Zehn Künstlerinnen und Künstler liefern Arbeiten zum Thema digitale Transformation und öffnen die Augen für den grossen Umbruch, in dem wir leben.

Ausstellung bis 7. Juli, Käfigturm Bern. Podiumsdiskussion zum Thema «Gibt es überhaupt noch Freizeit in der Always-on-Culture?», 28. Juni um 18.30 Uhr. www.polit-forum-bern.ch.

worklxl der wirtschaft

Daniel Lampart



ERWIESEN: GEWERKSCHAFTEN UND GAV LOHNEN SICH

Starke Gewerkschaften und gute Gesamtarbeitsverträge (GAV) sind positiv für die Arbeitnehmenden. Das weiss jede Gewerkschafterin und jeder Gewerkschafter. Weil sie für höhere Löhne und sicherere Arbeitsplätze sorgen. In den Wirtschaftswissenschaften wurde das jedoch lange bestritten. Um an den Prüfungen eine gute Note zu erhalten, haben die Studierenden an vielen Universitäten sagen müssen, dass die Gewerkschaften zwar den Angestellten («Insidern») nützten. Doch die Stellensuchenden und Arbeitslosen würden benachteiligt («Outsider»).

UMDENKEN. Von Benachteiligung zu reden ist natürlich Unsinn. Denn die Gewerkschaften haben immer alle vertreten – ohne Unterschied, ob sie eine Stelle haben oder ob sie arbeitslos sind. So haben sie in der Schweiz und in zahlreichen anderen Ländern Europas die ersten Arbeitslosenkasernen gegründet.

Nun scheint an den Universitäten ein Umdenken stattzufinden. In den letzten Jahren haben viele Forscher positive Studien zu Gesamtarbeitsverträgen und Gewerkschaften präsentiert. Viele dieser Studien kamen aus den USA, wo die Gewerkschaften unter Präsident Ronald Reagan (im Amt 1981 bis 1989) sogar von der Regierung bekämpft wurden.

KLEINERE LOHNSCHERE. Die Studien zeigen, dass es in Branchen und Firmen mit starken Gewerkschaften und guten Gesamtarbeitsverträgen eine geringere Lohnschere, aber auch bessere berufliche Möglichkeiten gibt. Arbeitgeber können dann keine überhöhten Gewinne auf Kosten der Beschäftigten machen. Denn laut den Forschern haben zahlreiche Arbeitgeber eine gewisse Marktmacht. Unter anderem in Branchen mit dominanten Firmen oder in ländlichen Gebieten, wo es für die Arbeitnehmenden schwierig ist, anderswo eine gute

Positive Effekte von Gesamtarbeitsverträgen

Beschäftigungssituation: Differenz zwischen Branchen/Ländern mit und ohne GAV



QUELLE: OECD/LO (2018); BUILDING TRUST IN A CHANGING WORLD OF WORK

Stelle zu finden. Gewerkschaften und gute Gesamtarbeitsverträge geben hier Gegensteuer.

HÖHERE ERWERBSQUOTE. Diese Erkenntnisse sind auch bei den grossen Organisationen OECD und IWF angekommen. Diese haben sich in früheren Jahren gegenüber starken Gewerkschaften und guten Gesamtarbeitsverträgen eher kritisch geäussert. In

den neuen Berichten klingt es anders. Ein OECD-Bericht von Ende Mai zeigt, dass Gesamtarbeitsverträge zu einer geringeren Lohnschere führen. Und dass die Erwerbsquote in Ländern und Branchen mit guten Gesamtarbeitsverträgen höher ist. Die Arbeitslosigkeit ist hingegen tiefer.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

50 Jahre Globuskrawall Veteranen- debatte

Vor 50 Jahren stürmte die Polizei über die Bahnhofbrücke in Zürich. Der Globuskrawall war im Gang. Das war der Auftakt der 68er Bewegung mit ihrer Losung «Rebellion ist berechtigt». Im Visier war die festgefahrene bürgerliche Gesellschaft. Doch welches waren die Gründe dieser plötzlichen Explosion? Wie haben Aktive den Protest erlebt, was waren ihre Motive? Das Kulturzentrum Kosmos (beim HB Zürich) veranstaltet zum Jubiläum von 1968 einen Abend mit Veteraninnen und Veteranen. Aus dem Pensionsalter blicken sie auf jene turbulenten Jahre zurück, die die Schweiz verändert haben.

Kosmopolitics: 68 – Krawall in Zürich. Montag, 25. Juni, 20 Uhr. www.kosmos.ch.



Regula Dick von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Der neue Lehrgang zur Gewerkschaftssekretärin

Als Vollprofi im Einsatz für

Kampagnen planen. Mitglieder unterstützen bei Problemen am Arbeitsplatz. Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre haben einen spannenden Job. Und die Ausbildung dazu.

SINA BÜHLER

Wer bei der Unia als Gewerkschaftssekretärin arbeitet, hat zuvor meist schon einige Erfahrungen in der Arbeitswelt gesammelt. So wie die 30jährige Azra Ganic. Sie machte eine Lehre als Detailhandlungsangestellte in der Migros, bevor sie sich bei der Valora zur Filialleiterin hinaufarbeitete. Sie wurde Vertrauensfrau der Unia in der Firma. Und sie erlangte ein Handelsdiplom an der Handels- und Kaderschule. Danach beschloss sie, auch beruflich in die Gewerkschaft einzusteigen. Seit November 2014 ist sie Gewerkschaftssekretärin bei der Unia-Region Ostschweiz-Graubünden. Sie ist für den Sektor Tertiär zuständig, koordiniert Kampagnen und ist in der Mitgliederbindung aktiv. Eine typische gewerkschaftliche Karriere: vom Gewerkschaftsmitglied zur Vertrauensperson und dann zur Unia-Sekretärin.

Im nächsten Jahr wird Azra Ganic nun eine weitere Fachausbildung abschliessen: Sie besucht nämlich den Lehrgang «Gewerkschaftssekretärin mit eidgenössischem Fachausweis» bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften.

ANSPRUCHSVOLL

Seit bald 10 Jahren gibt es den Lehrgang. Jetzt ist die Ausbildung neu ausgerichtet worden, wie Movendo-Ausbildungsleiterin Ursula Hirt erklärt: «Wir haben uns dem veränderten Berufsbild angepasst. Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre sind heute meist spezialisiert. Sie arbeiten entweder im Bereich Mitglieder mobilisierung und Kampagnen oder in der juristischen Beratung. Die Unia war darin eine Vorreiterin, jetzt tun es ihr die anderen Gewerkschaften gleich.» Der neue Lehrgang heisst jetzt «Gewerkschaftssekretär/in mit eidgenössischem Fachausweis» (früher «Management in gewerkschaftlichen Organisationen»). Die Ausbildung ist unterteilt in einen Pflichtbereich und

eine Vertiefungsrichtung nach Wahl. Je nach ihren Bedürfnissen wählen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Richtung «Mitglieder in Rechtsfragen beraten» oder «Aktionen und Kampagnen planen und durchführen».

Die Zahl der Kurstage wurde von 78 auf 40 reduziert. Trotzdem bleibe der Lehrgang sehr anspruchsvoll, sagt Ursula Hirt. Schwerpunkte bilden die Bereiche Kommunikation und Recht, ge-

«Wir haben die Ausbildung dem veränderten Berufsbild angepasst.»

URSULA HIRT, MOVENDO

rade so wichtig ist die politische Bildung. Es gibt Module zu Gleichstellung und Sozialversicherung, Arbeit mit Gruppen und Freiwilligen, Arbeitsrecht und Gesamtarbeitsverträge, Herausforderungen und Perspektiven der Gewerkschaftsbewegung, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft.

INDIVIDUELL

«Wir haben viele Teilnehmende, die erst als Erwachsene in die Schweiz gekommen sind. Ihre Ausbildung oder ihr Studium im Heimatland wird in der Schweiz oft nicht anerkannt. Die Gewerkschaftsausbildung ist ein toller Weg, um zu einem schweizerisch anerkannten Fachausweis zu kommen», sagt die Movendo-Ausbildungsleiterin.

Der Lehrgang kann individuell zusammengestellt werden. Das heisst: Er kann innert zweier Jahre abgeschlossen werden. Meist verteilen die Teilnehmenden ihre Kurse aber über eine längere Zeit.

Um den Fachausweis zu erlangen, müssen die Teilnehmenden eine schriftliche Arbeit zu einem gewerkschaftlichen Thema schreiben. Und an der mündlichen Prüfung müssen sie einen Fall aus ihrem Arbeitsgebiet bearbeiten und präsentieren «Wie das konkret aussieht, erfahre ich im

Kinderzulage: Darf der Ex-Mann sie mit der Unterhaltszahlung verrechnen?

Mein Ex-Mann und ich haben eine gemeinsame Tochter. Ich habe das alleinige Sorgerecht. Mein Ex-Mann muss mir aufgrund des Scheidungsurteils Unterhaltszahlungen für die Tochter überweisen. Nun habe ich wieder geheiratet und bin gerade wieder Mutter geworden. Ich werde meine bisherige Stelle auf das Ende des Mutterschaftsurlaubs kündigen und vorläufig nicht mehr arbeiten. Bisher hat mir mein Arbeitgeber die Kinderzulage für unsere Tochter ausbezahlt. Mein Ex-Mann hat mir nun mitgeteilt, jetzt werde er die Kinderzulage beantragen. Und er werde diese zudem von den Unterhaltszahlungen abziehen. Darf er das?

REGULA DICK: Nein, Kinderzulagen dürfen nicht mit Unterhaltszahlungen verrechnet werden. Hingegen darf – und soll – der Ex-Mann die Kinderzulage beantragen. Wer den Anspruch auf Kinderzulagen geltend machen kann, ist im Familienzulagengesetz (FamZG) ge-



SCHEIDUNGSKIND: Wem die Kinderzulage zusteht, kann zur Streitfrage werden.

FOTO: ISTOCK

regelt. Es kann immer nur eine Person den Anspruch auf Kinderzulagen geltend machen. Da Sie bisher beide erwerbstätig waren, erhielten Sie die Zulage, denn Ihnen steht zusätzlich auch das alleinige Sorgerecht zu. Weil Sie nun die Erwerbstätigkeit aufgeben, muss Ihr Ex-Ehemann die Kinderzulagen über seinen Arbeitgeber beantragen. Allerdings muss Ihr Ex-Mann diese Zahlungen an Sie weiterleiten und darf sie nicht vom Unterhaltsanspruch an Ihre Tochter abziehen. Leitet er die Zulage nicht an Sie weiter, können Sie von der zuständigen Ausgleichskasse verlangen, dass Ihnen die Kinderzulagen zukünftig direkt ausbezahlt werden.

Portemonnaie weg: Der Existenzbedarf muss gewahrt bleiben

Ich arbeite Teilzeit als Serviceangestellte in einem Restaurant. Vor kurzem wurde mir mein Serviceportemonnaie gestohlen. Ich hatte das Portemonnaie auf dem Tresen vergessen, als ich auf die Toilette musste. Es befanden sich ungefähr 500 Franken darin. Nun will mir mein Chef diesen Betrag von meinem Monatslohn von brutto 3200 Franken abziehen. Ich habe ein Kind und bin alleinerziehend. Dieser Abzug bringt mich in grosse finanzielle Probleme. Darf er die 500 Franken wirklich mit meinem Lohn verrechnen?

REGULA DICK: Nein. Ihr Arbeitgeber darf nur eine Verrechnung vornehmen, wenn Ihr monatlicher Existenzbedarf gewahrt bleibt. Anders wäre dies natürlich dann, wenn Sie ihn absichtlich geschädigt hätten, das Geld also gestohlen hätten. Dies ist aber nicht der Fall. Lassen Sie sich vom Betriebsamt ausrechnen, wie hoch Ihr betriebsrechtliches Existenzminimum ist. Diesen Mindestbetrag muss Ihnen Ihr Arbeitgeber in jedem Fall auszahlen.



ABGENUTZT: Die Frage, wer nach Beendigung eines Mietverhältnisses für Schäden an der Mietsache aufkommen müsse, führt häufig zu Streit. FOTO: FOTOLIA



UNTERWEGS ZUM FACHAUSWEIS: Seit 2014 arbeitet Azra Ganic bei der Unia. Jetzt bereitet sie sich auf die Prüfung für den Fachausweis vor. FOTO: STEPHAN BÖSCH

WORKTIPP

SO WERDEN SIE GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRIN

Weil er in einzelne Module aufgeteilt ist, können Sie in den Lehrgang für Gewerkschaftssekretäre und -sekretärinnen jederzeit einsteigen. Wenn Sie bereits bei einer Gewerkschaft arbeiten, werden die Kurskosten, Übernachtung und Verpflegung meistens übernommen. Anmelden müssen Sie sich über Ihre Personalabteilungen. Alle Infos zum Lehrgang finden Sie unter rebrand.ly/movendo. Auskunft gibt auch Movendo-Ausbildungsleiterin Ursula Hirt, Telefon 031 370 00 65.

Sommer», sagt Azra Ganic. Ihr fehlen nur noch zwei Kurse und die Abschlussarbeit, bevor sie die Prüfung ablegen kann.

Von der Qualitätssicherungskommission gewählte Expertinnen und Experten nehmen die Abschlussprüfung ab. Laut Ursula Hirt von Movendo sind das immer zwei Personen aus unterschiedlichen Bereichen: eine Gewerkschaftssekretärin und eine Person aus dem methodisch-didaktischen Bereich.

ÜBERALL ANWENDBAR

Die Kosten für die Ausbildung übernimmt die jeweilige Gewerkschaft – und zwar einschliesslich Übernachtung und Verpflegung. Die Kurse können während der Arbeitszeit besucht werden. Nur so ist es möglich, dass die zweifache Mutter Azra Ganic weiterhin zu

Der neue Mietrechtsratgeber hilft Ihr Vermieter hat

Krach mit dem Vermieter? Das neue Handbuch «Mietrecht für Mieterinnen und Mieter» sagt Ihnen, welche Rechte Sie haben.

SINA BÜHLER

Mieterinnen und Mieter in der Schweiz haben es immer schwerer. Die Mieten steigen bei tieferen Einkommen seit Jahren schneller als die Löhne, in den Innenstädten werden sie für Normalverdienende gar unbezahlbar. Kommt hinzu, dass viele Hausbesitzer aus dem Wohnungsmangel an begehrten Lagen Profit schlagen wollen: Sie kündigen den bisherigen Bewohnern, streichen die Wohnung einmal neu und erhöhen die Miete. Was sich aber ebenfalls ändert: Die Mieten-

den wissen immer besser Bescheid, ob solche Erhöhungen erlaubt sind und wie sie sich wehren müssen.

Das ist auch Ruedi Spöndlin zu verdanken, dem Rechtsberater des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands. Seine Miettipps erscheinen seit vielen Jahren in der Zeitschrift «Mieten + Wohnen», auf der Website des Mieterverbands sowie in zahlreichen Zei-

Ratgeberautor Ruedi Spöndlin kennt die Vermietertricks.

tungen. Der Jurist betreute bis vor kurzem auch die Telefon-Hotline des Mieterverbands (Tel: 0900 900 800/Fr. 4.40/min).

die Unia



100 Prozent arbeitet. «Ich kann meine Arbeit für die Unia ein bis zwei Tage die Woche von zu Hause aus machen», sagt sie. Und nicht

«Ich habe so vieles gelernt, was ich in jedem Job brauchen kann.»

AZRA GANIC, IN AUSBILDUNG

zuletzt habe sie einen Partner, der sehr viel Betreuungszeit übernehme. Er sei selbständig und könne seine Arbeitszeit gut den Kindern anpassen.

Und was, wenn jemand mit diesem Abschluss später einen Arbeitsplatz ausserhalb der Gewerkschaften sucht? Es sei eine breite

Ausbildung, die sehr anspruchsvoll sei, sagt Ursula Hirt. So etwas müsste auch ein Personalverantwortlicher in der Privatwirtschaft sofort erkennen: «Ein eidgenössischer Fachausweis wird überall anerkannt.» Deshalb könnten sich die Absolventinnen und Absolventen sogar darum bemühen, für einzelne abgeschlossene Module eine Gleichwertigkeitsbestätigung zu erhalten, so dass allfällige Weiterbildungen mit weniger Aufwand machbar seien.

Azra Ganic hat keine Sekunde Bedenken: «Ich kann jetzt so vieles, was ich in jedem Job brauchen kann. Vor allem im Bereich Sozialkompetenz und Kommunikation. Das kann ich überall anwenden.»

DER EIDGENÖSSISCHE FACHAUSWEIS

GUT FÜR DIE KARRIERE

Sie wollen sich in Ihrem Beruf fortbilden? Und das mit einem Diplom belegen? Dafür bietet sich im Schweizer Berufsbildungssystem der eidgenössische Fachausweis an. Der ist etwas anderes als das eidgenössische Fähigkeitszeugnis, das Sie sich mit dem erfolgreichen Abschluss einer Berufslehre verdienen. Der Fachausweis ist nämlich für Berufsleute mit mehreren Jahren Berufserfahrung gedacht, die sich auf einem Teilgebiet spezialisieren und ihre Kenntnisse darin vertiefen möchten. So, wie das Menschen wie Azra Ganic tun, die sich derzeit bei Movendo zur Gewerkschaftssekretärin mit eidgenössischem Fachausweis vorbereitet. Aktuell umfasst die Liste der möglichen Fachausweise rund 220 Positionen. Die Liste finden Sie hier: rebrand.ly/berufsliste.

DIE NÄCHSTE STUFE. Eine Stufe über dem Fachausweis ist die höhere Fachprüfung angesiedelt. Mit dieser werden Sie in Ihrem Berufsfeld als Expertin oder Experte anerkannt und sind für die Leitung eines Unternehmens vorbereitet. Für die Ausbildung und die Prüfung sind die jeweiligen Branchen- oder Fachverbände zuständig.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



TV À LA CARTE: Neue Pay-per-view-Kanäle und Streamingdienste machen das Heimkino spannend. Doch der Spass, der kostet was! FOTO: FOTOLIA

iTunes hat die beste Filmauswahl

Dank Internet können Sie zu Hause spontan einen Film nach Wahl ansehen. Ein Vergleich zeigt: Die beste Auswahl bietet der Apple-Dienst iTunes. Er ist auch für Windows-Anwenderinnen zugänglich.

Für den Zugang zu Filmen und Serien gibt es zwei Varianten: Anbieter wie iTunes, Swisscom TV oder

Google Play verkaufen oder vermieten einzelne Filme und ganze Serien. Die günstigsten Filme gibt's bei diesen Anbietern für 3 Franken 50 zu mieten.

Anders funktionieren Streamingdienste wie Netflix, Sky oder UPC My Prime. Hier bezahlen Sie eine Monatspauschale zwischen 3.50 und 15 Franken. Damit können Sie pro Monat so viele Filme und Serien anschauen, wie Sie wollen.

FÜR SERIEN: GOOGLE PLAY. Die Konsumentenzeitschrift «Saldo» prüfte das Angebot der Portale anhand einer Auswahl an 140 bekannten Filmen und Serien. Fazit: Das Angebot bei Kauf- oder Mietfilmen ist deutlich grösser als bei den Streamingdiensten. Bei Filmen werden Sie am ehesten bei iTunes fündig. Dafür bietet iTunes in der Schweiz keine Serien an. Hier hat Google Play die Nase vorne.

Enttäuschend: Kein einziger Streamingdienst hat mehr als die Hälfte der von «Saldo» gesuchten Filme im Angebot. Besonders bei Neuheiten, Klassikern sowie bei Kinderfilmen war das Angebot bei allen Streamingdiensten mickrig.

MARC MAIR-NOACK

bei Konflikten weiter einen Dachschaden. Was nun?

Und so weiss er wohl am besten Bescheid darüber, welche Fragen und Probleme bei den Mietenden aktuell sind. Jetzt hat Spöndlin den umfangreichen Ratgeberklassiker «Mietrecht für Mieterinnen und Mieter» komplett überarbeitet.

NEUE PROBLEME. Das Mietrecht hat sich in den letzten Jahren nicht stark verändert. Dennoch sind neue Problemfelder entstanden: Bis vor kurzem war es beispielsweise kaum üblich, einen überzogenen Anfangsmietzins anzufechten. Heute sind die Vermieterinnen in mehreren Kantonen (VD, GE, FR, NE, NW, ZG, ZH) verpflichtet, den Mietzins des Vormieters offenzulegen. Aber auch in den anderen Kantonen haben die Ver-

mieter eine Auskunftspflicht. Wie eine Anfechtung vorzunehmen ist, erklärt Ruedi Spöndlin im neuen Buch.

ÜBERZEUGEND. Spöndlins Ratgeber ist gut verständlich. Er ist in drei Teile gegliedert: 1. Vor der Miete, 2. Beim Wohnen, 3. Beim Auszug. So können Sie ganz leicht zu den Antworten auf Ihre aktuellen Fragen blättern und müssen sich nicht durch ein Lexikon durcharbeiten. Schnell finden Sie beispielsweise heraus, welche Schäden Sie beim Auszug bezahlen müssen: «Viele Vermieter stellen in solchen Fällen Forderungen, die rechtlich überhaupt nicht haltbar sind», schreibt Spöndlin. Die normale Abnutzung Ihrer Wohnung kostet Sie näm-

lich nichts. Sie müssen nur für übermässige Abnutzungen geradestehen, die Sie selber, Ihre Mitbewohnerinnen, Gäste und Haustiere verursacht haben. Und dabei ist erst noch die Altersentwertung der Wohnung zu berücksichtigen.



Ruedi Spöndlin, **Mietrecht für Mieterinnen und Mieter**, 183 Seiten, Fr. 39.–, für Mitglieder des Mieterinnen- und Mieterverbands Fr. 34.–.

Bis 15. August 2018 versandkostenfrei bestellen bei www.mieterverband.ch.

MIETERVERBAND MITGLIED WERDEN

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband leistet Unterstützung bei Mietproblemen. Als Mitglied haben Sie Anspruch auf Rechts- und Mietverbandsleistungen. Als Mitglied haben Sie Anspruch auf Rechts- und Mietverbandsleistungen. Als Mitglied haben Sie Anspruch auf Rechts- und Mietverbandsleistungen. Als Mitglied haben Sie Anspruch auf Rechts- und Mietverbandsleistungen.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Wie lange darf ich in die Ferien?

Ich bin im ersten Lehrjahr zum Pharmaassistenten EFZ. Im Sommer möchte ich gerne zwei Wochen am Stück Ferien nehmen. Meine Chefin hat mir nun aber sowohl vor der ersten Ferienwoche wie auch am Ende der zweiten Ferienwoche einen Samstagsdienst eingetragen. Das heisst, ich kann insgesamt nur 13 Tage wegfahren. Ist das nicht unfair? Meine Freunde, die in einem Büro arbeiten, bekommen 16 Tage am Stück. Was kann ich tun?



Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

du unregelmässige Arbeitszeiten hast. Wenn du 5 Tage die Woche arbeitest (egal welche Wochentage es sind), dann hast du pro Ferienwoche 5 Ferientage zugute plus die 2 Tage, an denen du ohnehin freihättest. Für zwei Wochen sind das also 14 Tage. Entweder man fängt die 14 Tage am ersten Samstag an zu rechnen, dann enden die Ferien am letzten Freitag, oder man fängt die 14 Tage am Montag an zu rechnen, dann enden sie am letzten Sonntag. Das heisst, dass du nicht beide Samstage frei bekommen kannst – aber einer der beiden Samstage steht dir zu.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

« Du hast Anspruch auf zwei volle Ferienwochen, auch wenn

workrätsel

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.
www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 10
Das Lösungswort lautete: **ABSTIMMUNGEN**



DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Freienhof in Thun, hat gewonnen: **Gilberto Zappatini Bauer, St. Gallen.**
Herzlichen Glückwunsch!

Schweizer Zwischenverpflegung	Staat in Südostasien	7	Editorial: Männerstöckli gebar d. Maus	die Drücke mag. Ofenbauer Josi nicht	entsteht bei Vulkanausbruch	vornehm, gediegen	Zugvogel	Leuchtdiode	Sportthema	Ratgeber über dieses Deutsch	Auskennzeichen v. Courgenay	Abschiedsgruss	
					work: reiche ... leben länger			10	Kanton				
chem. Zeichen v. Indium			erster König Israels	dreht sich um Achse			Endo an sie	kurzer Dienstag	Ende d. Gebets	gegen (was immer)	engl.: Zeh	5	
					11	bezeichnet den Planeten Erde		asiatische Kampfkunst					
dürre abgebrochene Zweige	kurz f. Aminosäuren			Top-Level-Domain v. Dänemark	er, in Portugal		verbreitetes Fahrzeug	Spiel mit Spielsteinen				Jassen: Trumpfkarte	
noch ungebraucht		6	ohne fremdes Zutun	gleichgültig	der Brown, US-Thriller-Autor			4	abchecken, kontrollieren				
Abk. für Zentimeter	Salzwasserlösung				dickes Seil (Schiff)			Vorsorgefachmann d. Gewerkschaften	«unsere» Fussballer (ohne a)		der Schmerz bewegt Gemüt		
	seidig-weiches Gewebe	kurz für Industriekaufmann		Internetadresse v. Venezuela	Handlung				arab. Fürstentum	man benutzt ihn f. Fingernägel			
Lärm und Streit	work: der Stromer ist geladen					bis, nach, englisch		Zitrusfrucht	Kindeskind				
					Seitenansicht	chem. Zeichen f. Radium		wasserundurchlässige Erde		3	kurze Nummer	Vorfahren	
Bündnis zwischen Staaten	so und nagelfest	it. Ferieninsel		Thunfisch aus der Dose	da hinein pflanzt man Blumen				Spanien: Insel, die Touristen mögen				
					Meer ohne Anfang		Teelöffel in Kochrezept		so dann wirklich sehr alt		Musik: kurz f. ritenuto	8	R..g.e = Musik aus der Karibik
Körper	9	Ausbildung				Abk. f. Rhode Island	Ziegler über Geschäfte mit ihm			Krimi-Gift			
			sie mündet in d. Ostsee	2		kurz für Lega Nord			steile Holzterrasse				
sie unterrichtet Sport							Zahlwort		1	Öl aus dem Speck v. Wälen			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: **work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch**
Einsendeschluss **22. Juni 2018**

INSERAT

Grosse Bau-Demo – sei dabei!

Am Samstag, 23. Juni 2018 in Zürich

Keine längeren Arbeitszeiten

Endlich eine Lohnerhöhung

Hände weg von der Rente mit 60

Demo-Start: 12.00 Uhr beim Central in Zürich



Gemeinsamer Transport aus der ganzen Schweiz
Alle Infos unter: www.unia.ch/lmv2018

UNIA

WORKLESERFOTO



Morgenstund hat Gold im Mund

WANN 1. Juni 2018
WO An der Aare nach Solothurn
WAS Flusslandschaft
Eingesandt von Heidi Bauder, Arch BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 1.6.2018

Endlich Lohn-gleichheit – was würden Sie mit dem Geld machen?

HEY, WÄRE DAS EIN FEST
 Ich würde alle meine Freundinnen einladen, die mir hütenderweise geholfen haben, als die Kinder noch klein waren. Wobei: die hätten dann ja auch ihr geklautes Geld zurück. Hey, wäre das ein Fest!

VRE BRECHBÜHL, PER MAIL

IN DIE RENTE INVESTIEREN
 Wenn ich das Geld, das mir vorenthalten wurde in jetzt fast 25 Jahren Berufsleben, ausbezahlt bekäme, würde ich damit meine Pensionskassenlücke füllen. Das ist zwar weder spannend noch genussvoll – aber leider dringend nötig. Eine eher weniger beachtete Folge der Lohndiskriminierung ist, dass sie sich über das Erwerbsleben hinaus fortsetzt. Denn das tiefere Rentenniveau der Frauen in den Pensionskassen ist auch eine Folge des Lohnklaus.

MARTINA KOCHER, ZÜRICH

I SCREAM
 I scream, you scream, we all scream for ice cream. Und ganz ernsthaft: macht jetzt endlich vorwärts, ihr Aktenkoffer-Mannsgöggele inner- und ausserhalb des Bundeshauses!

CLAIRE SCHREIBER, PER MAIL

WORKPOST



WORK 10 / 1.6.2018: LOHNSCHISS AN DEN FRAUEN

Warum so zaghaft?

Gut, dass von Seiten der Politik endlich etwas, wenn auch nur wenig mehr als auch schon, getan wird. Auf Druck der Frauen, parteiübergreifend. Warum eigentlich so zaghaft, wo ist das Problem?

OTHMAR RUTZ, VIA FACEBOOK

WORK 10 / 1.6.2018: LOHNSCHISS AN DEN FRAUEN – GROSSBANKEN

Richtig krasse Unterschiede

Unglaublich, welche Lohnunterschiede sich die Grossbanken bei den Managerlöhnen erlauben! Doch die Bank Cler (ehemals Coop Bank) hat es geschafft, die ohnehin geringe Lohnlücke zwischen Männern und Frauen noch ein wenig zu schliessen. Ist doch schön zu wissen,

dass es auch anders geht, denn viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben ein Konto bei dieser Bank. Und es ist vermutlich kein Zufall, dass die Bank Cler auch die einzige Bank mit einer ChefIn an der Spitze ist. Sandra Lienhart ist seit letztem Jahr dort CEO.

HANS BAUMANN, PER MAIL

WORK 10 / 1.6.2018: VÖGELE-KÄUFERIN AM ENDE

Neuer Name, gleiche Show

Es ist genauso wie damals, als die ABM ihre Filialen schloss! Damals übernahm Oviessie alle Filialen, schon nach kurzer Zeit machten sie dicht. Deshalb grenzt es schon an Dummheit, dass man es überhaupt zulies, dass Oviessie nun unter dem neuen Namen OVS nochmals eine solche Show abziehen konnte und erneut zahlreiche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihren Job verlieren. Traurig, dass eine solche Firma bei

zwei guten, sehr beliebten Firmen (ABM/Charles Vögele) den Untergang definitiv besiegelt hat.
 EVELINE WIEDERKEHR, VIA FACEBOOK

Zu Tode gemanagt

Und wieder wurde ein Schweizer Traditionsunternehmen zu Tode gemanagt von den «Supermanagern», die meinen, alles zu können und zu wissen. Armer Detailhandel.

ERICH VOGEL, VIA FACEBOOK

Konzeptlos

Man hat es kommen sehen. Kein Konzept, keine Philosophie, nichts. Und wieder sind die Angestellten die Armen – nun schon zum zweiten Mal.

SILVIA GOTTARDO, VIA FACEBOOK

WORK 10 / 1.6.2018: Wo blieb der MEM-GAV?

Praktisch zeitgleich mit der neusten Ausgabe von work hat mich die Nachricht erreicht, dass der neue Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie zustande gekommen ist. Es hat mich erstaunt, darüber in work nichts zu lesen. Zumindest einen Zwischenstand oder Hinweis auf einen möglichen Abschluss hätte ich erwartet.

THOMAS GÖTTIN, BERN

Antwort der Redaktion: work hat jeweils am Mittwochabend vor dem Erscheinungsfreitag Redaktionsschluss. Zu diesem Zeitpunkt war eine Einigung noch nicht abzusehen.

WORK 9 / 18.5.2018: AMAZON ROLLT AN

Chance gegen grosse Player

Das Internet ist grenzenlos. Weder Neuland noch unbekannt und die Schweiz definitiv keine Insel mehr. Obwohl der Onlinehandel in der Schweiz noch durch Migros und Coop dominiert wird, legen Amazon und Alibaba jedes Jahr massiv an Umsatz und Marktanteil zu. Für hiesige Händler bedeutet dies, sich gegenüber den grossen internationalen Onlinehändlern zu profilieren. Es ist durchaus möglich, gegenüber den grossen Playern zu bestehen, aber dafür sind Innovation und Differenzierung unerlässlich.

PASCAL MERZ, PER MAIL

Amazon? Nie!

Lese ich Amazon, stellt es mir ab. Würde niemals Bücher dort bestellen, bezahle lieber mehr!

MARIANNE ERNI-STINER, VIA FACEBOOK

Prekär, nicht modern

Amazon ist nur ein – wenn auch das prominenteste – Beispiel dafür, dass die schöne neue, vermeintlich so hippe «digitale Ökonomie» nichts anderes ist als die alte prekäre und ausbeuterische Arbeitswelt in neuem Gewand. Nur weil die Bosse nicht mehr Dreiteiler und Krawatte tragen, sondern T-Shirts und Jeans, sind sie noch lange nicht die Freunde der Lohnabhängigen.

MORITZ HAAS, PER MAIL

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

- Lohnklagen**
Warum kennen die Richter das Gleichstellungsgesetz nicht gut genug?
 a) weil sie Männer sind.
 b) weil sie zu faul sind.
 c) weil das Gesetz so kompliziert ist.
 d) weil sie es nicht ernst nehmen.
- Oviessie**
Wie hat sich der italienische Modekonzern aus der Schweiz verabschiedet?
 a) französisch?
 b) italienisch?
 c) japanisch?
 d) thailändisch?
- Fussball**
Wie viel mehr Chips produziert Zweifel für die WM?
 a) 10 Lastwagen mehr?
 b) 18 Lastwagen mehr?
 c) 20 Lastwagen mehr?
 d) 25 Lastwagen mehr?
- Spanien**
Wie heisst der neue Premierminister?
 a) Pedro Almodóvar?
 b) Pedro Lenz?
 c) Pedro Sánchez?
 d) Pedro Ximénez?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Ld: 2a; 2b; 3d; 4c
 Lösungen:

Daniel Vogel sorgt als Wein-technologe dafür, dass jeder Wein seine ganz eigene Persönlichkeit entwickeln kann.

«Wein ist ein Lebensgefühl»

Daniel Vogel (22) verwandelt Trauben in Wein. Er braucht dazu Hefe, Schwefel und seine Sinne.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN
FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

«Möchten Sie ein Glas Wein?» fragt Daniel Vogel und schenkt ein, direkt aus der Barrique, dem Eichenfass. Wir stehen im kühlen Keller der Weinkellerei Riem, Daepf & Co. AG in Kiesen BE. «Das ist der Jubiläumswein aus unseren eigenen Rebbergen», erklärt Vogel. «Die Barrique gibt dem Wein das Holzaroma, aber vor allem die Farbe.» Daniel Vogel muss es wissen, schliesslich ist Wein sein Metier. Vogel ist Weintechnologe und hat schon die Lehre in dieser Traditionskellerei gemacht.

Die Eichen für die Fässer habe Gottlieb Riem gesetzt, der weitsichtige Gründer der Kellerei, erzählt Vogel. Gefällt wurden sie für die Herstellung des Jubiläumsweins zum 150jährigen Bestehen des Betriebes, den die Familie Riem in fünfter Generation führt. Einer der letzten Küfer, die es in der Schweiz noch gibt, habe das Holz dann zu Fässern verarbeitet, sagt Vogel.

«Heute wird der meiste Wein aber nicht mehr in Barriques, sondern in Chromstahltanks gelagert», sagt Vogel. Ungefähr 120 000 Liter Traubensaft lagert die Kellerei jeden Herbst ein. Vier besonders hohe Tanks stehen direkt vor dem Barrique-Keller. «Das ist Verarbeitungswein. Diesen Weisswein liefern wir an Käseereien und Grossverteiler. Sie brauchen ihn bei der Herstellung von Fertig-Fondue.»

HEFE UND SCHWEFEL. In den Kellergewölben, die noch aus der Zeit der Firmengründung stammen, stehen die Tanks in Reih und Glied: Epesses rot, Cail de Perdrix, Merlot und viele mehr. Das ist der eigentliche Arbeitsplatz von Vogel. Als Weintechnologe ist er dafür verantwortlich, dass der Wein bei der Lagerung optimale Bedingungen hat, damit er den gewünschten Geschmack erhält. Er kontrolliert die Temperatur und den Zuckergehalt, überwacht den biologischen Säureabbau und gibt die Hefen zu. Sie sind für die Gärung verantwortlich. Und er gibt den Schwefel zur Maische. Schwefel macht den Wein haltbar. Im kleinen hauseigenen Labor misst Vogel den Hefe- und den Schwefelgehalt und mischt die Zutaten.

Bei den Grossproduzenten sind diese Prozesse computergesteuert. Daniel Vogel hingegen arbeitet mit den eigenen Sinnen. Er degustiert den Wein, um dessen Entwicklung mit den Augen, der Nase und dem Gaumen zu beurteilen und dann zu entscheiden, wie der Wein behandelt wird. «Beim Degustieren spucken wir übrigens

den Wein immer aus», sagt Vogel. Es wäre sehr unprofessionell, das nicht zu tun, und während der Arbeit Alkohol zu konsumieren, das gehe gar nicht. Daniel Vogel ist auch verantwortlich für das Abfüllen des Weines. Er und sein Team überwachen die hauseigene, mit Holzschnitzeln betriebene Anlage, welche die Flaschen wäscht und abfüllt. «2000 Flaschen pro Stunde», sagt Vogel nicht ohne Stolz, «das sind insgesamt 700 000 Flaschen pro Jahr.»

«Im Herbst gibt es natürlich besonders viel zu tun», sagt Vogel. «In dieser Zeit machen wir schon ziemlich viele Überstunden, aber die können wir dann das ganze Jahr über abbauen.» Anfang Oktober bringen die Winzer aus der ganzen Schweiz Trauben nach Kiesen. «Der Prozess unterscheidet sich je nachdem, ob wir Weiss- oder Rotwein machen», erklärt Vogel. «Die Trauben für die weissen Weine pressen wir möglichst schnell und klären dann den Saft, das heisst, wir entfernen die Haut und die Kerne.» Beim Rotwein werden die Trauben nur gequetscht und danach zusammen mit der Haut und den Kernen gelagert. Dank der Haut der Traube erhält der Rotwein seine Farbe und den Geschmack. Je nach Geschmacksrichtung behandeln Winzer den Wein auf unterschiedliche Art und Weise. «Jeder Wein hat seine ganz eigene Persönlichkeit. Kleine Details bei der Produktion haben einen grossen

Einfluss auf das Endprodukt. Das macht die Weinproduktion so spannend», sagt Vogel. Bei Riem und Daepf gibt es jede Woche eine Degustation durch die Verkäufer. Vogel erklärt: «Sie besprechen, was die Kunden wollen, was gut läuft und was weniger. Die Entscheidung über die genaue Produktion ist dann Chefsache.»

WEIN VERBINDET. Bei ihm zu Hause sei früher eher Bier als Wein getrunken worden, erzählt Vogel. Durch seine Arbeit habe sich

dies nun aber geändert. «Wein gehört zu unserer Kultur, Wein ist ein Lebensgefühl, Wein bringt die Menschen zusammen», sagt er.

Schwierig an seiner Arbeit sei eigentlich nur, dass er besonders im Winter das Tageslicht selten sehe, da er den ganzen Tag im Keller verbringe. «Aber dafür ist es schon sehr schön, dass ich das Endprodukt, für das ich viel Zeit investiere, in den Händen halten und auch probieren und geniessen kann.»



DANIEL VOGEL DER ZIELSTREBIGE

Daniel Vogel weiss, was er will. In Zukunft möchte er sein eigenes Unternehmen führen und Wein und andere Spirituosen verkaufen. Deshalb macht er eine Weiterbildung zum Weinbautechniker am Strickhof in Zürich. Das ist eine betriebswirtschaftliche Ausbildung für Menschen, die einen eigenen Betrieb leiten wollen. Die Idee des Lehrganges ist, die Nachfolge für kleine Betriebe zu sichern, deshalb ist die Ausbildung berufsbegleitend und dauert in der Regel drei Jahre.

WELTENTDECKER. In seiner Freizeit spielt Daniel Vogel Golf, Eishockey oder geht auf Reisen. Reisen ist für Vogel persönliche Weiterbildung, ein Weg, sich Wissen anders als über die Schule anzueignen. Daniel Vogel wohnt noch zu Hause, möchte aber nächstens zusammen mit einem Freund eine WG gründen. Er verdient 5000 Franken brutto.



VIELFÄLTIG:
Weintechnologe Daniel Vogel arbeitet an der Abfüllmaschine, im Barrique-Keller oder im hauseigenen Labor.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiebinden@workzeitung.ch **Mitarbeiter an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Sina Bühler, Oliver Fahni, Hans Ulrich Jost, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänzel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.